

## T E U F E L I N M E N S C H E N G E S T A L T

Ein hartes Wort an alle kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern: Wie schlecht Ihr es noch immer versteht, den Kampf gegen den unmenschlichen Terror Eurer Todfeinde zu führen!

Märtyrer und Helden hat die kommunistische Bewegung überall; es kann auch nicht anders sein in dem größten Kampf um die Befreiung der ausgebeuteten Menschheit. Aber die Leiden und Schmerzen unserer Märtyrer, ihr ganzer Heldenmut sind allein nicht imstande, den Terror der kapitalistischen Regierungen zu brechen. Dazu ist notwendig ein Kampf der großen Massen, der Millionen Proleten, und dieser Kampf muß von den kommunistischen Parteien organisiert und geleitet werden.

Es gibt Kommunisten, die sich mit der theoretischen Binsenwahrheit trösten: der weiße Terror sei ein Zeichen der Schwäche der kapitalistischen Klassenherrschaft, ein zweischneidiges Schwert usw. Ja, es ist wahr, daß die Bourgeoisie vor dem imperialistischen Weltkriege, in der Zeit der vollen Lebenskraft des Kapitalismus, in der Regel imstande war, ohne ein Terrorregime ihre Klassenherrschaft zu behaupten, und daß sie in der jetzigen Periode die Grundlagen ihrer Klassenherrschaft allzu unsicher und schwankend findet, um sich im Rahmen der alten „Gesetzlichkeit“ zu bewegen. Viel wichtiger aber als diese Feststellung ist für unseren unmittelbaren Kampf die klare Erkenntnis der Tatsache, daß in der gegenwärtigen Phase der Klassenkämpfe der weiße Terror eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung hat, daß Terror und Provokation bereits in mehreren kapitalistischen Ländern in der Regierungskunst der herrschenden Klassen, in ihrem Kampf gegen die revolutionäre Bewegung der werktätigen Massen, die Rolle der ausschlaggebenden Waffenarten spielen.

„Kein Raubtier ist so grausam wie der Bourgeois, an dessen Geldbeutel gerührt wird,“ rief der dänische Schriftsteller George Brandes einmal in den neunziger Jahren aus. Was sollte er eigentlich heutzutage ausrufen! Ja, Klassenjustiz gab es auch damals, Verfolgungen war auch die alte Arbeiterbewegung zeitweise ausgesetzt, barbarische Gefängniszustände und Fälle von Mißhandlungen einzelner Gefangener kamen auch damals vor. Aber was waren zum Beispiel alle Verfolgungen unter dem „Sozialistengesetz“ in Deutschland im Vergleich mit den Tausenden von Blutopfern der deutschen revolutionären Arbeiterschaft nach dem Kriege, die mit der grauenhaften Ermordung von K a r l L i e b k n e c h t u n d R o s a L u x e m b u r g begannen. Der russische Zarismus war in der Vorkriegszeit der berüchtigste und schlimmste Würger der Arbeiterbewegung, und seine Freveltaten waren damals wirklich unübertroffen; aber wieviel Schlimmeres, Blutigeres, Scheußlicheres hat danach das Proletariat in den von Rußland losgelösten bürgerlichen „demokratischen Republiken“ erleben müssen!

Erst in den letzten acht bis neun Jahren ist der weiße Terror das regelrechte System der Klassenherrschaft der konterrevolutionären Bourgeoisie geworden, das neue System, für die Bourgeoisie unserer Zeit so

charakteristisch, wie es die Inquisition im späteren Mittelalter für die Herrschaft des katholischen Pfaffentums war. Auch heute ist dieses System noch nicht in allen Ländern gleichmäßig entwickelt, es zeigt sich aber überall die Tendenz, das alte System der Klassenherrschaft mit bürgerlich-rechtlichen gesetzgeberischen Normen durch das „moderne“ System des weißen Terrors zu ersetzen, als dessen Hauptträger der Faschismus auftritt.

Wir bringen hier einige Tatsachen als Beispiele aus typischen Ländern des weißen Terrors:

In F i n n l a n d versuchte die Bourgeoisie im Jahre 1918 nach der Revolution alle aktiven Kräfte der revolutionären Arbeiterbewegung auszurotten; in den Konzentrationslagern und Gefängnissen wurden im Laufe von vier bis fünf Monaten über 20 000 Arbeiter umgebracht, das heißt doppelt soviel wie die Gesamtzahl der Opfer des dreimonatigen Klassenkrieges auf beiden Seiten der Front. Zwei Jahre darauf wurde die legale Organisation einer linken sozialistischen Arbeiterpartei wieder erlaubt, aber nur zu dem Zweck, die neuen aktiven Kräfte leichter fangen zu können. Seither sind periodische Massenverhaftungen der Mitglieder der legalen Arbeiterorganisation und entsprechende Gerichtskomödien in Finnland fast ständig an der Tagesordnung. Oft sind auch Abgeordnete verhaftet und verurteilt worden.

Folterungen der Untersuchungsgefangenen wurden in Finnland von der politischen Polizei häufig angewandt. Die üblichsten Methoden sind: Schlagen mit Knüppeln, Reiben und Pressen des Brustkorbs (mit Fäusten durch ein aufgelegtes feuchtes Tuch), Quetschen der männlichen Geschlechtsteile usw. Ein revolutionärer Arbeiter Väinö Kujala von Uleoborg wurde im „Verhör“ von der Vyborger Ochrana zu Tode gepeinigt und zuletzt in einem Wassereimer „ertrunken gefunden“. Im Herbst 1924 wurde ein Arbeiter Kalle Serenius verhaftet, unter dem Verdacht, kommunistische Agitation unter den Soldaten betrieben zu haben. Die Ochrana in Terijoki verlangte von ihm Angaben über „Komplizen“. Er wurde drei Nächte lang gemartert, vollständig entkleidet, an eine Bank angebunden, bis er das Bewußtsein verlor. In der letzten Nacht wurden seine am Rande der Bank niederhängenden Füße so lange am Kohlenfeuer gesengt, bis er wieder in Bewußtlosigkeit verfiel. Da die „Untersuchung“ absolut resultatlos blieb, wurde das Opfer nach drei Wochen als unschuldig freigelassen. Ähnliche Beispiele ließen sich noch sehr viele anführen. Im Herbst vorigen Jahres wurde Genosse Jalmari Mäkinen in Vyborg von der Ochrana besonders schrecklich mißhandelt. Er war infolgedessen eine Zeitlang halb blind und wird kaum jemals wieder ganz gesund werden. Er versuchte seinen Qualen durch Einnehmen von Gift ein Ende zu machen, aber das Gift war nicht stark genug.

Das Gefängnisregime ist in Finnland barbarisch. Aber gegenwärtig bereitet die finnische Regierung eine gesetzliche Strafreform vor. Rutenstrafe bei Wasser und Brot! Das nennt sich „Reform“ in Weißfinnland.

In Estland sind Todesurteile und noch häufiger Erschießungen ohne Urteil seit 1919 bis zum heutigen Tage sich immer wiederholende Erscheinungen. Nicht nur Mitglieder des ZK der Kommunistischen Partei, wie die Genossen Kingisepp und Kreuks, sondern überhaupt alle führenden Kräfte der selbstständigen Arbeiterbewegung, deren man überhaupt habhaft werden konnte, wurden einfach physisch vernichtet. Die Gewerkschaften sind in Estland zertrümmert und verboten. Natürlich gibt es dort ein Parlament und

sogar ein „demokratisches, allgemeines Wahlrecht“. Aber wenn die Arbeiter andere Vertreter als die Kandidaten der bürgerlichen Parteien oder der konterrevolutionären Sozialdemokratie in das Parlament wählen, so werden, wie im Jahre 1923/24, sowohl diese gewählten Arbeitervertreter als auch alle übrigen Kandidaten der Arbeiter verhaftet. Der Vorsitzende der kommunistischen Parlamentsfraktion, Genosse Tomp, wurde zum Tode verurteilt und erschossen. Der Sekretär der Fraktion, Genosse Raudsepp, wurde auf dem „elektrischen Bett“ zu Tode gepeinigt. Das geschah alles bereits vor dem verzweifelten revolutionären Aufstand am 1. Dezember 1924. Danach wurde es noch schlimmer. Massenhaft wurden die teuflischsten Folterungen, wie „elektrische Wanne“, Schläge auf den Magen, Zerreißen der Ohren und dergleichen, angewandt, immer mit deutlichem Erfolg. In den Gefängnissen sitzen gegenwärtig 900 bis 1000 politische Gefangene, dreiviertel von ihnen Kranke, Schwindsüchtige, wegen des häufigen Aufenthaltes in den Dunkelzellen.

In Polen: Frau Stefanie Sempolowska, die seit 31 Jahren unter den politischen Gefangenen in Polen arbeitet und deren moralische Autorität von allen anerkannt wird, schreibt in einem Offenen Brief u. a. folgendes:

„Die Gesamtzahl der politischen Gefangenen in Polen übersteigt gegenwärtig 6000 Personen. Niemals noch seit den Revolutionsjahren 1905/06 erreichte sie diese Höhe. . . .“

„Es muß zugestanden werden, daß die Lage der politischen Gefangenen in den polnischen Gefängnissen jetzt schwerer, qualvoller ist, als es in den zaristischen Gefängnissen in Warschau nach dem Jahre 1905 der Fall war.“

„Im Frühling 1925 wurden in einer Zeit des tiefsten Friedens und der vollsten Ruhe in den drei Grenzwojewodschaften (Kreise) 3200 weißrussische und ukrainische Bauern verhaftet. Sie erduldeten alle Folterungen der polizeilichen Voruntersuchung. Nach mehrmonatlicher (manchmal mehr als 10 Monate langer) Haft wurden neun Zehntel von ihnen als unschuldig wieder auf freien Fuß gesetzt. Die übrigen harren noch immer des Gerichtes.“

„In der Zeit vom 1. Juni 1925 bis 1. Juni 1926 fällten die polnischen Gerichte Urteile gegen 2431 Personen, die politischer Vergehen angeklagt waren, während in der gleichen Zeitperiode 6757 Personen neu verhaftet wurden.“

„Für einen Menschen, der das Wesen der Sache ergründen will, genügen diese Ziffern und Angaben, um zu erkennen, daß auf diesem Gebiete unseres Lebens etwas völlig Unnormales, Verbrecherisches vor sich geht.“

„Die langjährige Arbeit unter den politischen Gefangenen hat mich auf ewig mit ihnen verbunden.“

„Ich habe sie niemals nach ihren politischen Ansichten gefragt. Ich liebte und schätzte das, was ihnen allen gemeinsam ist, unabhängig von ihrer Parteeinstellung: die Selbstaufopferung für die Idee, der freie Flug der Gedanken und das Streben dem Morgenrot einer besseren Zukunft entgegen.“

Wie man sieht, enthüllen bereits die nackten Ziffern das wahre Gesicht der „Regierung der moralischen Sanierung“ (Pilsudskis). Unter den politischen Gefängnissen in Polen nimmt den ersten Platz, was Gefängnisgreuel anbelangt, das „Heilige Kreuz“ (Kelze) ein. Im „Heiligen Kreuz“ sterben von 400 Insassen infolge Tuberkulose und anderer Krankheiten jährlich 150.

Rumänien ist seit dem Ende des Krieges eines der allerschlimmsten Nester des weißen Terrors. In Bessarabien allein wurden 1918 bis 1925 von den Okkupationsbehörden über 15 000 Personen umgebracht. Häufige Massenverhaftungen, Massenprozesse, massenhafte Hungerstreiks in den

Gefängnissen und massenhafte Folterungen. Hier nur einiges über die Arbeitsmethoden der rumänischen „Siguranza“.

Die Siguranza ist eine besondere Einrichtung der Geheim- und Schutzpolizei, die sich über das gesamte Land erstreckt. Sie besitzt ihre eigene Verwaltung und verfügt über ein eigenes Telegraphennetz. Bei der Vernehmung von Verhafteten benutzt die Siguranza die grausigsten mittelalterlichen Foltermethoden, vervollkommen durch die Errungenschaften der modernen Technik. Ein geflüchteter Gefangener aus Kischinew, ein Mitgefangener des heldenhaften bessarabischen Freiheitskämpfers, Ingenieur Sascha Gurew, der im Juli 1925 in Wien eintraf, teilte über die Foltertechnik der Siguranza dem Berichterstatter des Wiener „Abend“ folgendes mit:

„Die Folterungen des Ingenieurs Gurew wurden vom Chef der Siguranza selbst geleitet. So oft er in Ohnmacht fiel, wurde er mit Wasser begossen, dann auf einen glühenden Rost gelegt, damit er „munter“ werde, wie sich dieser edle Polizeichef ausdrückte. Zur Folterung wurden folgende Instrumente angewendet: 1. Grad: Hundepeitsche, Eisenstange, Kautschuckknüppel, Skorpipseitsche (mehrschwänzig, mit Eisenspitzen an jedem Ende). 2. Grad: Daumenschraube, glühende Nadel zwischen Fingernägeln und Zehennägeln und Fleisch. Zusammenpressen der einzelnen Finger zwischen Türe und Türrahmen, Leitung eines elektrischen Stromes durch Ohren, Nase und Gaumen. 3. Grad: Sechsfacher Bruch des Unterarmes mittels einer großen Tischlerschraube, Einspannen in eine Art Prokrustesbett (Füße und Hände werden mit Stricken gefesselt, die durch eine Winde am Bette befestigt sind. Vier Mann beginnen gleichzeitig beide Winden zu drehen, wodurch Oberarme und Füße aus den Gelenken gerissen werden). Abschaben des Wadenfleisches mit einem Selchermesser und langsames Durchstechen der Kniekehle, Vollpumpen mit Wasser.“

Die Folterungen wurden in einem Zeitraum von 30 Tagen in Anwesenheit seiner Frau und seiner fünf- und sechsjährigen Kinder durchgeführt.

**I t a l i e n** ist durch die Greuelthaten des faschistischen Regimes bereits viel bekannter geworden als früher durch seine Kunst. Hier nur ein paar Beispiele aus der letzten Zeit.

Am 5. März 1926 sind in einer Fabrik Venedigs Flugblätter verteilt worden. Die sofort herbegeholtene Karabinerie verhafteten 49 Arbeiter, die aber bald wieder freigelassen wurden, mit Ausnahme eines Arbeiters, den man als den Urheber des „Verbrechens“ verdächtigte. Dieser Arbeiter wurde so lange geschlagen, bis er angab, von wem er die Flugblätter bekommen hatte. Die von ihm genannten Arbeiter wurden sofort verhaftet und geprügelt, dann auf eine Bank gebunden und gezwungen, Kot und Urin zu schlucken.

Wie man sieht, im Lande einer alten Zivilisation wendet man dementsprechende Methoden an.

Im Mai wurde in Argua Petrarca ein Arbeiter, der als Kommunist bekannt war, von Faschisten, denen er zufällig begegnete, ohne jeden Anlaß niedergeschossen. Im ganzen Lande sind in den Monaten April/Juni etwa 30 Arbeiter in dieser Weise ermordet worden.

Nach dem letzten Attentat gegen Mussolini wurden Arbeiter auf den Straßen aufs Geratewohl verhaftet (in Rom in zwei Tagen ungefähr 600 Verhaftungen, in anderen Großstädten gleichfalls mehrere hundert). In Bologna wurde ein Arbeiter in Anwesenheit seiner Frau und Kinder solange geschlagen, bis er an den Schlägen starb.

**B u l g a r i e n** ist gleichfalls durch seinen ungeheuer blutigen weißen Terror so weltbekannt geworden, daß man hier darüber nicht viel zu sagen

braucht. Nach dem Bericht zweier aus Bulgarien geflüchteter Aerzte, der Doktoren Krestanow und Nakew, gibt es in der Polizeidirektion Liaptschews eine regelrechte Folterkammer, wo die Verhafteten auf das Unmenschlichste mißhandelt werden, um belastende Aussagen von ihnen zu erpressen. Diese Folterkammer ist ein Zimmer im ersten Stock der Polizeidirektion, dessen Wände dick austapeziert sind, damit kein Laut hinausdringe. Auf dem Boden liegen Eisenstäbe, Holzgeräte, Gummiknüppel, Peitschen und alle Maschinen zum Zusammenpressen von Körperteilen, Spritzen zum Klystieren mit Kampherol und eine Unmenge anderer Foltergeräte, die nur ein satanischer Geist ersinnen kann. Die beiden Aerzte wurden dort aufs grausamste gefoltert, nur deswegen, weil ein früher gemarterter Student (der ebenfalls außerhalb jeder politischen Bewegung stand) sie als seine Bekannten angegeben hatte. Danach kann man sich vorstellen, wie erst die revolutionären Arbeiter von den machthabenden Teufeln in Menschengestalt behandelt werden.

\*

Wir begnügen uns hier mit diesen Stichproben aus dem umfangreichen Tatsachenmaterial, das sich in den Händen der Internationalen Roten Hilfe befindet. Typische Länder des weißen Terrors gibt es viel mehr als die erwähnten, z. B. Lettland, Ungarn, Jugoslawien und Spanien. Noch schlimmere Bestialitäten sind als System eingewurzelt in Indien, Japan und Korea, wie auch in Brasilien, Chile, Peru und Venezuela. Erst auf dem Wege zum voll entwickelten System des weißen Terrors befinden sich England, Frankreich, Deutschland und die Vereinigten Staaten. Aber es wäre ein großer Irrtum, zu glauben, daß in diesen Ländern noch keine Methoden des weißen Terrors angewendet werden.

Als System ist der weiße Terror, wie man sehen kann, vor allem durch folgende vier Hauptzüge gekennzeichnet:

1. Konterrevolutionäre Diktatur, die sich auf bewaffnete bürgerliche Klassenkriegsorganisationen stützt.
2. Systematische Anwendung der Provokation.
3. Folterung als Untersuchungsmethode den politischen Gefangenen gegenüber.
4. Bestreben nach physischer Vernichtung aller aktiven Kräfte der revolutionären Arbeiterbewegung.

Genossen, stehen wir machtlos und waffenlos diesem Teufelswesen gegenüber?

Nur solange wir ratlos sind. Unsere Parteien verstehen noch nicht genug, wie sie den Kampf, besonders gegen den weißen Terror führen sollen.

Erstens müssen wir es viel besser lernen, den Terror und die Provokation zu enthüllen. Jede kapitalistische Hyänenregierung versucht doch dieses System mehr oder weniger zu verhüllen. Das Treiben der Finsternis verträgt nicht gut das volle Tageslicht. Oft haben die breiten Schichten des werktätigen Volkes keine richtige Vorstellung von den vorkommenden Bestialitäten. Es ist unsere Aufgabe, eine systematische, unaufhörliche Arbeit zur Enthüllung des gesamten Systems zu organisieren.

Das soll nicht nur in der Presse, vor den Gerichten und in den Parlamenten geschehen, sondern vor allem unmittelbar unter den Massen, in jedem Betriebe und wo sonst die Arbeiter zu treffen sind. Es ist ausge-

schlossen, daß die Arbeitermassen, ja sogar die breiten Schichten des Kleinbürgertums, der Bauern und der Intellektuellen sich nicht gegen dieses System auflehnen, wenn sie die ganze empörende Wahrheit darüber erfahren.

Wir müssen es verstehen, überall unter dem Volke eine solche Atmosphäre zu schaffen, daß die Bestien des weißen Terrors — sowohl die hochgestellten Schurken wie die Henkersknechte — wo sie sich auch zeigen, unzweideutig die Verachtung, Empörung und den Haß des Volkes fühlen werden. Die Scheusale sollen es mit aller Deutlichkeit erkennen, daß es nicht gleichgültig ist, wie sie sich ihren Opfern gegenüber benehmen.

Zweitens müssen wir es viel besser lernen, die Hauptverantwortlichen für den weißen Terror politisch auf die Anklagebank zu setzen. Die Regierungs- und Staatshöflinge und Parteiführer, die gerne ihre blutigen Hände in weißen Handschuhen verstecken wollen, sie sollen an den Schandpfahl genagelt werden. Sowohl zu Hause wie im Ausland. Bisher konnte sogar ein Zankow von Land zu Land herumreisen, ohne daß ein Sturm der Empörung sich erhoben hätte. Einer derartigen Passivität ist überall ein Ende zu machen.

Und die Herren Sozialdemokraten, die in allen Ländern des weißen Terrors die Kommunisten der Polizei angeben, die unter Umständen sich direkt als Helfershelfer des Henkersystems betätigen, und die immer und überall die schwarzen Tatsachen vertuschen, verkleinern und beschönigen — sie müssen ebenfalls zur Verantwortung gezogen werden.

Wenn ein Friedrich Adler, wie unlängst, im Namen der Zweiten Internationale Protesttelegramme gegen den Terror nach der Sowjetunion sendet, was ist das anders als ein frecher Versuch, die Aufmerksamkeit vom weißen Terror abzulenken. Der Kerl weiß ganz gut, daß die menschwistische Agenten der russischen Emigration, die in der USSR auf frischer Tat für die Konterrevolution ertappt wurden, sich in ausgezeichnet guten Gefängnisverhältnissen befinden. Er weiß auch ebenso gut, welcher blutigen Schurkenstreiche die sozialdemokratischen Führer in Polen, in Estland, in Bulgarien als Knechte des weißen Terrors sich schuldig gemacht haben. Er kennt seine sämtlichen Noskes, er kennt den Pakt der ungarischen Sozialdemokraten mit dem Horthy-Regime. Davon will er die Augen der Arbeitermassen ablenken, und deshalb schickt er Proteste nicht nach Warschau oder Sofia, sondern nach — Moskau.

Genossen, lernt besser die Kampagne gegen alle Dunkelmänner des weißen Terrors führen! Nur dann, wenn ihr imstande seid, durch diese Kampagne den weißen Terror so anzupacken, daß dieses System sich für die Bourgeoisie als politisch schädlich und gefährlich erweist, erst dann wird er am Ende seines Lateins sein.

Ja, der weiße Terror ist ein zweiseitiges Schwert, das auch seinen eigenen Herrn verwunden kann. Aber nur in dem Falle, wenn die kommunistischen Parteien ihm gegenüber nicht passiv bleiben, nicht die andere Wange hinhalten, wenn man sie auf die eine geschlagen hat. Durch die unermüdliche Arbeit der kommunistischen Parteien, angespornt durch unseren ganzen feurigen revolutionären Haß, ist bei den Millionen Proleten in allen Ländern ein stählerner Wille zum Kampf gegen den weißen Terror zu erzielen. Ist er da, dann wehe den Bluthunden und ihren Herren!

Der Kampf gegen den weißen Terror ist eine internationale Aufgabe, die gerade jetzt eine höchst wichtige aktuelle Bedeutung hat. Die gegenwärtige allgemeine ökonomische Offensive des Kapitals gegen das Proletariat wird planmäßig durch den gegen die kommunistische Bewegung gerichteten weißen Terror unterstützt. Die Kommunistische Internationale ist überall die einzige feste Kraft, die sich entschlossen und unentwegt der Offensive der Kapitalsmagnaten entgegenstellt. Darum richten die Schurken ihre Dolche gegen unsere Brust.

Nun, wir schwören, unseren Mann zu stehen! Wir sind die Internationale, die die Tyrannen stürzen soll. Wir werden kämpfen in fest geschlossenen Reihen. Mögen auch einige schwankende Elemente vor den ungeheuren Schwierigkeiten, wie gegenwärtig, ihren Wachposten verlassen oder gar versuchen, unsere Reihen zu desorganisieren, — wir werden zeigen, daß niemand imstande sein wird, die eiserne Disziplin unserer Front zu erschüttern!

Denn wir haben den unerschütterlichen Glauben an die Siegeskraft des Proletariats.

Wir rufen vor allem der revolutionären proletarischen Jugend zu:

Auf zum Kampf gegen den weißen Terror!

## I. T. MURPHY:

### DER 8. KONGRESS DER KP ENGLANDS

Von allen bisherigen Kongressen der Kommunistischen Partei Englands reicht an Wichtigkeit keiner an den heran, der am 16. Oktober seinen Anfang nehmen wird. Seit dem letzten Kongreß hat die Partei ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppelt und ist aus dem größten und weitaus bedeutendsten Erlebnis der englischen Arbeiterklasse mit Ehren hervorgegangen. Sie ist die einzige Partei in England, die nach dem Generalstreik den Arbeitern ohne Scham in die Augen blicken darf und nicht nötig hat, sich zu verteidigen. Sie kann vor aller Welt behaupten, daß sie trotz aller Verfolgungen, trotz der Einheitsfront zwischen MacDonald, Thomas, Purcell, Baldwin und Churchill aus diesem Kampf geeinigter und reicher an Erfahrungen herauskam, daß sie die einzige Partei im Lande ist, die eine Politik verfolgt, die sich auf die Klasseninteressen der Arbeiterschaft stützt, und das sie auf dem besten Wege ist, zu einer wirklichen kommunistischen Massenpartei zu werden.

Die Partei hat die Wochenaufgabe des „Workers Weekly“ bis auf 80 000 Exemplare erhöht, und auch an der Aufgabesteigerung des „Sunday Worker“ auf 125 000 Exemplare hat sie keinen geringen Anteil. Im Gegensatz zu diesem Aufstieg steht ein Rückgang der Presseorgane der ILP. Die Partei sah, daß ihre Anstrengungen zur Unterstützung des Aufbaues der Minderheitsbewegung einen wachsenden Erfolg zeitigten, und unter ihrem Einfluß wurden ernsthafte Schritte getan, um innerhalb der nationalen Labour

Party einen linken Flügel der Labour-Bewegung herauszubilden. Sie ist dem Ziele der Umstellung der Partei auf Betriebszellen um einen beträchtlichen Schritt nähergekommen und verstärkte ihre Anstrengungen in dieser Richtung im Kreuzfeuer des Generalstreiks. Ihre politischen Fortschritte seit dem letzten Kongreß waren nicht weniger bedeutend. Siewar die siegreiche Führerin bei den Juliereignissen von 1925, und der „rote Freitag“ wurde als „kommunistischer Sieg“ betrachtet. Indessen machten wir uns über diesen Sieg keinerlei Illusionen. Wir erklärten sofort, daß dies der Anfang eines Waffenstillstandes sei, den die Kapitalisten nur als eine Pause zum Rüsten benützen werden. Wir sagten sofort, die „Rechten“ und die „Linken“ seien gleiche Brüder, wir enthüllten die offene Allianz der Rechten mit der Bourgeoisie zwecks Garantierung der Zuverlässigkeit von Armee und Flotte der Kapitalisten, und wir enthüllten die Hohlheit der revolutionären Phrasen der Linken, als die Frage auftauchte, wie und ob man revolutionäre Aufforderungen an die Soldaten und Seeleute richten müsse; denn vor den Aktionen gerade dieser fürchten sie sich am meisten. Auf dem Kongreß der Labour Party in Liverpool focht die Partei einen Zweikampf aus und entlarvte wiederum die grundsätzliche Einheitsfront der Phrasendrescher mit den offenen Verteidigern des Kapitalismus. Die Partei zeigte, daß sie es versteht, die Sprache der Kräfte zu sprechen, die wirklich gegen den Kapitalismus — und sei es auch nur für die elementarsten Forderungen — kämpfen wollen; und zwar ist die Partei dabei von ihrer revolutionären politischen Linie nicht abgewichen. Sie focht den Kampf vor den Gerichtshöfen aus, als ihre Führer verhaftet waren, und sie benützte die Anklagebank als Tribüne für ihre revolutionäre Botschaft an die Arbeiter, wobei sie die Kräfte zu einer Einheitsfrontaktion gegen die Regierung mobilisierte. Sie war die einzige Partei, die aktiv daran arbeitete, die Arbeiter für den Kampf, der voraussichtlich am 1. Mai ausbrechen mußte, vorzubereiten. Sie gab die politischen Losungen zum Generalstreik heraus, als noch alle anderen Parteien unserer Arbeiterbewegung schändlich vor dieser Möglichkeit zitterten und es vorzogen, das streikende Proletariat an die reaktionäre Regierung zu verraten. Diese Erfolge, die in der Jahresarbeit die bemerkenswertesten sind, stellen einen Rekord dar, auf den die Partei mit Recht stolz sein darf und der den Parteikongreß dazu befähigt, die Erfahrungen tapfer ins Auge zu fassen und frank und frei daraus die Lehren zu ziehen, die eine nichtkommunistische Partei nicht wagen dürfte zu ziehen.

Denn hier muß man bemerken, daß die Periode, die darauf folgte, Schwächen und Mängel aufweist, die der Parteikongreß genau untersuchen und korrigieren muß; denn die Partei muß an Kraft und Macht in gleichem Maße wachsen, wie ihr Einfluß während des letzten Jahres zugenommen hat. Man muß sich darüber klar sein, daß der Generalstreik eine ganze Periode abgeschlossen hat, in der dank verschiedener Umstände die Aufgaben der Partei vergleichsweise leicht waren. Der ganze Hintergrund des Generalstreiks war so, daß die Arbeitsbedingungen in den Gewerkschaften die Entwicklung unserer Politik der Klasseneinheit erleichterten. Denn die Gewerkschaftsbürokratie hatte gefühlt, daß sie mit der Strömung vorwärts gehen müsse, um womöglich diese Strömung abzulenken. Diese Entwicklung rechtzeitig vorausszusehen, war eines, aber den Kampf für Einheit und Klassenaktion aufzunehmen, als die ganze Gewerkschaftsbürokratie und die

Führerschaft der Labour Party die Bourgeoisie in der offensten Weise unterstützten, war ein anderes. Dies ist die gegenwärtige Lage nach dem großen Arbeiterbetrug vom 12. Mai, dies verhilft jetzt Tendenzen zum Durchbruch, die lange Zeit verborgen geblieben waren infolge der ansteigenden Woge der Ereignisse vor dem Generalstreik.

Es lassen sich nicht leicht schwierigere Umstände denken, als wie sie nach dem Abblasen des Generalstreiks und nach der Isolierung der Bergarbeiter bestanden. Wären die Bergarbeiter im Mai mit den anderen Arbeitern zur Arbeit zurückgegangen und wäre eine Periode der Ruhe darauf gefolgt, möglich, daß dann die Defekte, auf die man jetzt die Aufmerksamkeit richten muß, nicht so rasch zu Tage getreten wären. Aber das Leben ließ nicht Zeit zu langem Grübeln. Es lenkte sofort die Aufmerksamkeit auf den heldenmütigen Kampf der Bergarbeiter und stellte gleichzeitig unsere Fehler ins helle Tageslicht. Obwohl die Partei während des Streiks selber die richtigen Parolen herausgab — und deutlich den politischen Charakter des Streiks hervorhob —, gelang es ihr doch nicht, im Augenblick des Streikabbruchs sofort die richtige Linie für ihr weiteres Vorgehen zu finden, besonders nicht hinsichtlich dessen, was man „hohe Politik“ nennt. Die Partei begann sehr richtig einen Kampf für Verhinderung des Kohlentransportes und für eine Lohnabgabe zur Unterstützung der Bergarbeiter; sie forderte die Bergarbeiter auf, auf ihren drei Forderungen: Löhne, Arbeitszeit und Landesabkommen, zu beharren; aber sie schenkte der neuen politischen Lage, die sich aus dem Generalstreik ergab, zu wenig Aufmerksamkeit, und meines Wissens hat sie kein einziges Mal der Umschichtung der sozialen Kräfte nach der Einführung des Achtstundentaggesetzes die nötige Beachtung geschenkt. Was ging denn in dieser Zeit wirklich vor sich? Die Regierung hatte die Unterstützung, die sie sich während des Generalstreikes zu ergattern vermocht hatte, rapid verloren. Die Labour Party, die aus ihrer Gegnerschaft gegen den Generalstreik heraus die Bergarbeiter emsig angriff, war unter dem Druck der Umstände genötigt, Seite an Seite mit den Bergarbeitern gegen das Achtstundentaggesetz in Opposition zu treten. Die Liberalen wurden ebenso in eine ganz ähnliche Lage gebracht. Die Gewerkschaftsbürokratie, die alle ihre Mitgliedschaften bei der Frage des Generalstreiks gegen die Bergarbeiter aufgewiegelt hatte, ist gezwungen, Hand in Hand mit den Bergarbeitern gegen den Achtstundentag vorzugehen. Anstatt sofort — und zwar ohne irgendein Nachlassen bei der Forderung des Kohlentransportverbotes zu zeigen — die Forderung auf Auflösung der Regierung zu stellen und an die Spitze der Bewegung für allgemeine Neuwahlen zu treten, statt eine Arbeiterregierung, die das Achtstundentaggesetz widerruft, zu fordern, und statt die Nationalisierung der Bergwerke usw. zu verlangen, konzentrierte sich die Partei nur auf das Kohlentransportverbot und die Lohnabgabe und drängte mit ihren Forderungen nicht vorwärts auf der Linie allgemeiner politischer Ziele. Nachher, etwa zwei Monate nach Annahme des Achtstundentaggesetzes, betritt sie plötzlich das Kampffeld und fordert, die Labour-Mitglieder sollen aus dem Parlament zurücktreten und das Land mit der Forderung des Kohlentransportverbotes, der Lohnabgabe, der Auflösung der Regierung, der Generalwahlen usw. bearbeiten — und dies zu einer Zeit, wo das Parlament schon geschlossen war. All das beweist, daß unsere Partei ganz entschieden eine „rechte Tendenz“ zeigt

hat, die nicht nur in der Vernachlässigung der politischen Aufgaben in dieser Situation enthalten ist, sondern in der ganzen Führung des Kampfes seit dem Generalstreik zu Tage tritt. Wie hat unsere Partei an den Gewerkschaftsführern Kritik geübt? Genau so, wie jeder beliebige Gewerkschafter dieselben kritisieren würde. Wir sagten, die Interessen aller Arbeiter seien gefährdet, wenn die Löhne der Bergarbeiter gekürzt und ihre Arbeitszeit verlängert werde, denn dann würden alle Arbeiter angegriffen und darunter zu leiden haben. Das alles ist durchaus richtig und mußte gesagt werden. Aber ist das alles? Müssen wir nicht diese Dinge vor der Arbeiterklasse in Verbindung mit dem Klassenkampf und mit den revolutionären Aufgaben erläutern? Müssen wir nicht unaufhörlich mitten in einem solchen Kampf den Arbeitern sagen, daß schon der wirkliche Kampf für eine einzelne Losung, die die Partei herausgibt, eine starke Verbreiterung und Entwicklung der revolutionären Kräfte voraussetzt? Wir kämpfen für das Kohlentransportverbot, aber warum sagen wir den Arbeitern nicht genau den wirklichen Grund des Widerstandes, den die Gewerkschafts- und Labour-Führer gegen das Kohlentransportverbot leisten? Warum zeigen wir nicht ganz deutlich, daß diese Leute die Arbeiterschaft betrogen haben, weil der Generalstreik alle diese Probleme miteinander aufgeworfen hat, und daß diese Probleme verbunden sind mit der Frage der Führung der Arbeiterklasse zur Eroberung der Macht? Warum sagten wir den Arbeitern nicht deutlich, daß jene gegen ein Kohlentransportverbot sind, weil dieses Verbot zum Generalstreik und zu eben diesen nämlichen fundamentalen Problemen führt? Warum zeigten wir nicht, daß die Führer der Bergarbeiter diesen Problemen ebenso abgeneigt sind, wie alle anderen Führer, daß auch sie den Generalstreik als nichtpolitisch erklärt hatten und daß sie mit der politischen Haltung der übrigen Gewerkschafts- und Labour-Führer einverstanden waren? Warum zeigten wir nicht, daß diese politische Handlung sich mit ihrer Konzessionspolitik vollständig deckt, und zwar von der Zustimmung zu den Vorschlägen der Pfaffen an bis zu den letzten Vorschlägen, die nahezu die Kapitulation bedeuten? Warum sagten wir nicht, und besonders je länger der Kampf andauerte und je näher die Kapitulation dieser Führer rückt, daß sie genau das ausführen, wozu MacDonald und Thomas im Mai geraten haben, und zwar nur, weil sie den Klassenkampf und diese Probleme genau von demselben Gesichtspunkt aus betrachten, wie MacDonald, Thomas und Co. Statt die Nebensächlichkeiten des Kampfes zu benutzen, um die große politische Linie in dieser Situation klar zur Geltung zu bringen, konzentrierten wir uns auf das Nebensächliche und ließen es an jedem weiteren Horizont fehlen.

Dieselben Züge zeigen sich wiederum beim Bericht über den Kongreß von Bournemouth und bei unserer Wertung dieses Kongresses. Wir sagen im „Workers Weekly“, verglichen mit Scarborough sei Bournemouth ein Schritt rückwärts. Was haben wir für einen Grund zu dieser Einschätzung des Kongresses von Bournemouth, wenn nicht den, daß uns die Resolutionen des Kongresses von Scarborough gefielen und die des Kongresses von Bournemouth nicht? Dies kann wirklich nicht ein kommunistisches politisches Werturteil sein, denn von diesem Standpunkt aus bedeutet Bournemouth einen gewaltigen Schritt vorwärts, es bedeutet ein Wegwischen der angeblichen Differenzen in der Gewerkschaftsbürokratie und zunehmende Er-

nüchterung der Massen, die den Kapitalismus und gleichzeitig jene Führer, die den Kapitalismus verteidigen, bekämpfen wollen. In derselben Nummer gibt „Workers Weekly“ diese Tatsachen zu, aber er zieht keine politischen Schlüsse daraus, sondern Schlüsse, wie sie etwa ein guter, etwas links stehender Gewerkschafter ziehen würde. Bei dem angestregten Gewerkschaftskampf verloren wir die politische Seite des revolutionären Wechsels, der sich vor unseren Augen vollzieht, völlig aus dem Gesichtskreis. Wir waren so vollständig in Anspruch genommen von dem Schicksal des englisch-russischen Einheitskomitees, daß wir den Blick nicht mehr auf die Massen richteten, und gerade dadurch wurde es möglich, daß die russischen Gewerkschaften uns bei der Entlarvung des Generalrates zuvor kommen mußten. Wir stimmten sogar der Auffassung zu, Kritik und Entlarvung des Generalrates könnten eine schädliche Auswirkung haben auf die Hilfsaktion für die Bergarbeiter, statt genau das Gegenteil zu sagen. Dies war so sehr der Fall, daß unsere Parteigenossen ohne Protest es zuließen, daß die Exekutive der Minderheitsbewegung eine Resolution annahm, die die Kritik am Generalrat abschwächte, und zwar in der Meinung, man gewinne damit etwas für die Unterstützung der Bergarbeiter. Aber wenn wir auch diesen Fehler später verbesserten, so haben wir doch tatsächlich die Exekutive der Bergarbeiter sehr glimpflich kritisiert, und dies trotz der Tatsache, daß sie diesen Kampf zu überwachener hatte, aber genau dieselbe Politik trieb wie alle anderen Führer. Kurz, wir haben ganz entschieden eine Bewegung nach rechts gemacht und nicht Schritt gehalten mit der Entwicklung der Situation.

Es ist dringend notwendig, daß der Parteikongreß diese Entwicklungslinie korrigiert. Noch nie waren die objektiven Bedingungen günstiger für die Entwicklung unserer Partei. Noch nie waren wir den Massen näher als heute. Noch nie haben breitere Massen direkt in unserer Partei so sehr ihre eigentliche Führung gesehen, wie unter den gegenwärtigen Umständen. Aber sie werden ihre Augen von uns abwenden, wenn wir die Situation nicht richtig erfassen, daraus die richtigen Schlüsse ziehen und die richtige Wegweisung erteilen, die die Arbeiterschaft ganz deutlich als den nächsten logischen Schritt, der getan werden muß, zu erkennen vermag. Die rechten Tendenzen müssen bekämpft werden. Wir sind die Partei der Revolution, und wir können die Arbeiterschaft nicht zum Siege führen, wenn wir nicht das Ziel der Revolution immer vor Augen haben, das alle unsere Handlungen in Uebereinstimmung mit unserer marxistisch-leninistischen Erkenntnis der historischen Entwicklung der revolutionären Kräfte leitet und beherrscht. Die Partei darf nicht so dumme Forderungen aufstellen, wie „Rücktritt der Labour-Mitglieder“. Der Kongreß muß den politischen Sinn des Generalstreiks und die Haltung der Führer im Bergarbeiterkampf klar aufzeigen und das Ganze vollständig in das Licht der Wirklichkeit des politischen Kampfes rücken. Wir müssen den Arbeitern sagen, daß der Generalstreik eine Epoche abschloß und eine neue eröffnete, in der die fundamentale Machtfrage die ganze Situation beherrscht. Wir müssen den Arbeitern zeigen, daß gerade das die Ursache für das Gekreisch der Labour-Führer ist: „Nie wieder Generalstreik“. Die Partei muß den Arbeitern den Aufmarsch der sozialen Kräfte in Verbindung mit dieser Hauptforderung zeigen, und sie muß dementsprechende Forderungen aufstellen. Sie muß die Tory-

Regierung diskreditieren und entlarven. Sie muß jede erreichbare Kraft auf den Sturz der Regierung konzentrieren, auf den Widerruf des Achtstundentagesgesetzes, auf das Zustandekommen einer Arbeiterregierung, auf die Nationalisierung der Bergwerke ohne Entschädigung und unter Arbeiterkontrolle, auf das Kohlentransportverbot und möglichst weitgehende finanzielle Unterstützung der Bergarbeiter.

Das sind die dringenden unmittelbaren Forderungen, die die Tätigkeit unserer Partei leiten müssen. Wir bringen dies hier zum Ausdruck gleichzeitig mit einer Würdigung der geleisteten Arbeit und einer Kritik an unserer Parteilinie, aber nicht in der Absicht, Spaltung oder Zwietracht zu schaffen. Unsere Partei hat wiederholt bewiesen, daß sie imstande ist, kollektiv ihre Irrtümer zu korrigieren, so daß wir volles Zutrauen haben, daß sie auch bei dieser Gelegenheit mit ihren Irrtümern kollektiv fertig werden wird, und zwar so, daß diese Forderungen noch vor dem Kongreß jedem klar werden, damit der Kongreß wirksam den Abweichungen von der kommunistischen Linie für die Zukunft einen Riegel verschieben kann, und damit er ein bemerkenswertes Jahr des Fortschrittes unserer Partebewegung abschließen und sich selber rüsten kann für die gewaltigen Aufgaben, die vor der britischen Arbeiterklasse stehen.

### TAN PING-SCHAN:

## ZUR JETZIGEN POLITISCHEN LAGE IN CHINA

Um die Aenderungen der politischen Situation in dem von den Militärmachthabern beherrschten China zu erläutern, muß vorerst die Lage verschiedener Militärcliquen ausführlich dargestellt werden. Von ihnen besaß keine eine selbständige soziale Macht, hinter keiner von ihnen stand eine starke Klasse. Sie mußten sich vielmehr auf die Imperialisten stützen und ihren Interessen in China sowie ihren diplomatischen Intrigen Vorschub leisten. Daher eine Situation, in der die feudalen Machthaber sich bald verbünden, bald einander bekämpfen.

In einer Beziehung aber sind alle von einem Wunsch und einem Gedanken beseelt. Die die Interessen der Imperialisten verschiedener Länder vertretenden militaristischen Cliques haben zwar verschiedene Interessen, wo es sich aber um Unterdrückung und Zerstörung der revolutionären Bewegung Chinas handelt, sind sie alle einig.

Das Peking Blutbad (18. III. 1926) hat sich ereignet, indem Tuan Tschijui und seine Anfu-Clique als Vollstrecker des Imperialismus die revolutionären Arbeiter und Studenten in Massen niederschießen ließ, um seinen ausländischen Herren seine Treue und Loyalität zu bekunden. Es versteht sich, daß der reaktionäre Machthaber alles zu tun bereit war, um in letzter Stunde für seine schmachvolle Existenz zu kämpfen. Zu bedauern ist aber, daß die Erste Kuomin-Armee, die damals Peking in ihren Händen hielt, nicht nur jene frevle Tat zuließ, sogar sie direkt unterstützte. Daraus können wir ersehen, über welche ungeheure Macht die Imperialisten in

China verfügten, wenn selbst die mit der nationalen Revolution sympathisierende Erste Kuomin-Armee zur Kapitulation gezwungen wurde.

Diese Tatsache wurde kurz angeführt, um das Verständnis für die weitere Entwicklung in Nordchina zwischen den verschiedenen Gruppen zu erleichtern.

Nachdem die Erste Kuomin-Armee Peking verlassen hatte, geriet die politische Macht in die Hände von Wu Pei-fu und Tschang Tso-lin, damit in die Hände des japanischen und englischen Imperialismus. Ist das nicht ein kolossaler Erfolg des Abkommens zwischen England und Japan? Aber das Bündnis zwischen den Imperialisten bewährte sich nur so lange, wie der Eine der unbedingten Unterstützung des Anderen bedurfte. Die Verhandlungen zwischen Wu und Tschang in Peking verliefen ergebnislos. Beide konnten sich über die Teilung der Beute nicht einigen. Denn Wu machte den Versuch, ein reines Kabinett der Tschili-Clique zu bilden, um Tschangs Einfluß aus der Pekinger Regierung zu verdrängen, während dieser, da er sich beim Niederwerfen der roten Truppen die größeren Verdienste zuschrieb, jetzt seiner Unzufriedenheit Ausdruck gab und von Wu allein die weitere Attacke gegen die Kuomin-Armeen verlangte. Das zeigt auch, daß diese Militärmachthaber sich keinesfalls für eine verhältnismäßig längere Zeit verbünden können.

Wu Pei-fu verfügte wohl über eine Streitkraft von ungefähr 200 000 Soldaten, die aber aus verschiedenen Teilen zusammengesetzt und kampfunfähig war. Die Falle, die Tschang Tso-lin seinem Rivalen stellte, gab aber der Ersten Kuomin-Armee die Möglichkeit, den Nankou-Paß zu befestigen und ihren Uebergang von der Defensive zur Offensive zu organisieren und vorzubereiten. In der Tat. Unter Wu meuterte Tien Wei-kien, und die ganzen Truppen waren in Zersetzung begriffen. Schon rüstete sich Sun Tschuang-fang zur Organisierung einer neuen Tschili-Clique und war u. a. bestrebt, die Truppenreste Wus für sich zu gewinnen. Die Kantoner Truppen begaben sich inzwischen auf den Marsch, und Tang Schen-tschi, der sich der Kantonregierung unterstellte, besetzte Tschangscha. Wu Pei-fu sah, daß Tschang ihm die Unterstützung versagte, daß ein bedeutender Teil seiner Truppen gegen ihn auftrat, daß er die Stellung vor Nankou nicht weiter behaupten konnte, daß die Kantoner Truppen sein Hauptlager, Hankau, bedrohten, und daß Sun Tschuang-fang seine Neutralität proklamierte. Er war in eine Sackgasse geraten. Es bestand die Möglichkeit, daß die Kantoner Truppen Hankau besetzen, daß die Kuomin-Armeen aus Nankou die feindliche Front brechen und längs der Peking-Hankau-Linie nach Süden vordrängen würden, und daß dann ein Zusammentreffen der beiden roten Truppen stattfinden könnte — in diesem Falle würde die chinesische Revolution einen neuen Aufschwung nehmen und die Reaktion aus Nordchina vertreiben.

Diese historische Möglichkeit hat besonders dem englischen Imperialismus große Angst eingeflößt. Nicht nur, weil sein Agent gestürzt werden könnte, sondern auch weil seine Interessen in China, besonders im Jangtse-Gebiet, eine ernstlichen Gefahr ausgesetzt wären. Japan war mit Wu Pei-fu insoweit unzufrieden, als dieser die Eroberung der Zentralmacht durch Tschang Tso-lin hinderte. Aber der Zusammenschluß, die Vereinigung der revolutionären Truppen bedeutete für die beiden imperialistischen

Räuber eine gemeinsame, und zwar viel größere Gefahr. Nun mußte Wu durch ein Kompromiß Tschang dazu veranlassen, mit ganzer Energie Nankou anzugreifen. Die Kuomin-Armeen mußten sich weiter nach dem Westen bis zu Paoto, der Hauptstadt des Suiyuan-Gebiets, zurückziehen.

Die Beweggründe, die die Kuomin-Armeen bestimmten, Nankou zu verlassen, können in drei Punkten zusammengefaßt werden: 1. Die Generale waren uneinig; Tschang Tse-kiang wollte Frieden, Lu Chun-lin — Krieg, während Feng Yu-hsiang nicht an der Front war; 2. die Erste Kuomin-Armee war aus Tradition zurückhaltend, fürchtete schwere Verluste; außerdem war die von Japan besorgte Ausrüstung und Bewaffnung der Mukdeni Truppen bedeutend besser als bei Wu, daher mußte der Kampf diesmal auch erbitterter sein; 3. in der Gegend von Nankou ereignete sich zu jener Zeit eine Ueberschwemmungskatastrophe, die sämtliche Verteidigungs- und Verbindungswerke zerstört hatte.

Nachdem die Kuomin-Armeen Peking und dann Nankou verließen, war Wu-Pei-fu in der Lage, den Vormarsch der Kantoner Truppen vorläufig zum Stillstand zu bringen. Das war der zweite Erfolg des englisch-japanischen Abkommens.

Die Gesamtstärke der drei Kuomin-Armeen belief sich auf über 300 000 Mann. An Kampffähigkeit standen sie den Truppen Tschangs und Wus nicht nach. Ihre Niederlage hatte sowohl militärisch-strategische als auch politische Ursachen, die ebenso auf drei Punkte zurückgeführt werden können: 1. Während die Zweite Kuomin-Armee in Honan von Wu Pei-fu, die Dritte in Tientsin von Tschang Tschu-schang und Li Kien-lin angegriffen wurde, eilte die Erste ihnen nicht sofort zu Hilfe, so daß sie einzeln vernichtet oder geschlagen werden konnten. 2. In diesem Antifengtien-Krieg standen die Zweite und Dritte Kuomin-Armee zwar auf Seiten der Revolutionäre, sie begriffen aber nicht, daß der Krieg für die Massen (und nur für die Massen) ausgefochten werden mußte. Oft machten sie es nicht besser als Wu oder Tschang, sie erlegten den Massen die verschiedenartigsten Steuern auf und verfolgten sogar die Bauernführer; daher hat es Wu Pei-fu u. a. vermocht, den Rotspeerbund, eine bewaffnete Macht von Hunderttausenden armer Bauern, zu betrügen, und zur gänzlichen Vernichtung der Zweiten Kuomin-Armee in Honan auszunützen. 3. Die Erste Kuomin-Armee war zwar diszipliniert und militärisch gut ausgebildet. Den Offizieren fehlte es aber an politischer Bildung und die Soldaten waren ebenfalls politisch unentwickelt. In Peking z. B. verstand sie nicht die politische Macht zur Stärkung ihres Einflusses in den Massen auszunützen und zu erweitern, unterstützte im Gegenteil den raffinierten Verräter bei der Niederschießung der demonstrierenden Massen, wodurch eine tiefe Enttäuschung im Volke hervorgerufen und die weitere Unterstützung der Volksarmee durch die Massen erschwert wurde.

Die Niederlage der Kuomin-Armeen bedeutete zugleich einen schweren Schlag für die Kantoner Truppen.

Wie ist die Lage in Mittel- und Nordchina? Es versteht sich, daß nach der Besetzung Hankaus durch die Kantoner Truppen eine Aenderung der Situation in China eintreten mußte. In der Tat. In Tokio verhandeln England und Japan; die amerikanische Presse liebäugelt mit den Kantoner Truppen; es wird mitgeteilt, daß Tschang Tso-lin 100 000 Soldaten zur Unterstützung

Wu Pei-fus gegen den Vormarsch der revolutionären Truppen nach Honan schickt; die Streitkräfte Sun Tschuang-fangs rücken in Kiangsi gegen die Kantoner Truppen vor; die chinesische Nordflotte plant, von Fukien aus Kanton und Swatow anzugreifen; in Fukien rüstet sich Chow Yen-jen, von Tschangtschou aus Kwantung zu überfallen. Diese Tatsachen sind Folgen der Besetzung Hankaus durch die Kantoner Truppen, Resultate der Ausdehnung des revolutionären Einflusses von Süd- nach Mittelchina.

Betrachten wir nunmehr die Kräfte, die von der Kantoner Regierung den Militaristen entgegengesetzt werden können, und werden wir uns klar darüber, von welchen sozialen Schichten die nationalrevolutionäre Kantoner Regierung Unterstützung zu erwarten hat.

### 1. Die militärische Stärke der Kantoner Truppen

Die Gesamtstreitkräfte, die unter der Nationalrevolutionären Regierung stehen, sind an Zahl weit geringer als die Tschang Tso-lins, Wu Pei-fus und Sun Tschuang-fangs zusammengenommen. Aber der größte Teil der Kantoner Truppen ist politisch geschult, bewußt und bereit, im nationalen Unabhängigkeitskampf Opfer zu bringen, er ist daher auch bedeutend kampffähiger als die militaristischen Truppen. Die Beziehungen und Interessengegensätze zwischen den nordchinesischen Machthabern sind indessen so kompliziert, so unlösbar, daß ihre geschlossene Aktion gegen Kanton ein Ding absoluter Unmöglichkeit ist. Außerdem haben die Kuomin-Armeen bereits Sien in Schansi besetzt, was ihre Fühlungnahme mit Kantoner Truppen in der allernächsten Zeit bedeutet. Außerdem sind die Kriegsgefahren der Nordexpedition nicht so ungeheuer groß, wie allgemein angenommen wird.

### 2. Die Massentimmungen der Nordexpedition den Kantoner Truppen gegenüber

Wäre die militärische Macht der Kantoner Truppen groß genug, wäre die politische Lage der Kanton-Regierung vollkommen stabilisiert, wären die Massen unter der Kanton-Regierung mit deren praktischen Politik im allgemeinen zufrieden, d. h. mit anderen Worten, wären die Bedingungen, die Pläne zur Nordexpedition gut vorbereitet und ausgearbeitet, dann würden die breitesten Massen im ganzen Lande, so sehr sie auch den Frieden lieben und den Krieg hassen, im Interesse ihrer nationalen Emanzipation die Nordexpedition billigen und unterstützen. Unter dieser Voraussetzung würde sie ihrer großen Aufgabe gewachsen sein, die Herrschaft der Imperialisten und Feudalmilitärmachthaber in China zu brechen und ein unabhängiges Land aufzubauen. In Wirklichkeit jedoch sind die Kantoner Truppen nicht stark und die Lage der Kanton-Regierung nicht stabil genug, die praktische Politik innerhalb Kwantung befriedigt nicht die Massen. Deshalb nehmen die verschiedenen sozialen Schichten der Expedition der Kantoner Truppen gegenüber eine verschiedene Haltung ein: 1. Die Kaufleute waren für die Expedition, weil sie der Ansicht waren, daß wenigstens ein Teil der über 100 000 Soldaten, die bisher in Kwantung lagen, ohne Rücksicht auf den Ausgang des Krieges in anderen Provinzen einquartiert werden können, wodurch die Lasten der Kwantunger Kaufleute

vermindert würden. 2. Die Arbeiter und Bauern, die unter der Brutalität der Militärmachthaber besonders zu leiden haben und denen die Grausamkeit der Imperialisten und Militaristen schier unerträglich geworden ist, waren von der energischen Propaganda und Agitation der Kuomintang aufgerüttelt, und anfangs lebhaft für die Expedition. Erst als die Kriegslasten hauptsächlich den Bauern auferlegt wurden, trugen sie Bedenken gegen sie. 3. Die Partei des chinesischen Proletariats, die Kommunistische Partei Chinas, war für die Expedition. Doch wies sie darauf hin, daß die Voraussetzungen für die Vernichtung der nordchinesischen Machthaber noch nicht gegeben seien, daß dieser Krieg ausschließlich ein Krieg zur Verteidigung der revolutionären Stützpunkte, eine Vorbeugungsmaßregel gegen die Willkür Wu Pei-fus sei. In dem Krieg müssen die Interessen der Massen berücksichtigt werden und die Kriegskosten sollen nicht von den Werktätigen, besonders nicht von den armen Bauern, sondern von den reichen Klassen getragen werden.

### 3. Die politische Situation in der Provinz Kwantung

Bei der Beurteilung der politischen Situation in Kwantung ist in Betracht zu ziehen, daß die Macht der Regierung von Kwantung in den Händen des rechten Flügels der Kuomintang liegt; von den 6 Kommissaren der Provinzialregierung stehen 5 auf dem rechten Flügel. In der ganzen Provinz gibt es zahlreiche korrumpierte und bestechliche Beamte, die Massen verhalten sich der Revolution gegenüber nicht nur apathisch, sogar zurückhaltend. Der Kaufleute hat sich infolge der schweren Kriegslasten eine tiefe Enttäuschung bemächtigt, und sie sind der Regierung feindlich gesinnt. Im Osten der Provinz finden Bauernrevolten statt, da die Bauern der Willkür der Lokalbeamten ausgesetzt sind und ihnen unerträgliche Steuerlasten aufgebürdet werden. Aber diese Uebel können behoben oder mindestens in ihren Wirkungen abgeschwächt werden, wenn die Kuomintang und die Nationalregierung sich über die wahre Bedeutung der Nordexpedition klar wären, ein demokratisches Programm ausarbeiten, die Beamtschaft von den korrupten Elementen säubern würden, um den Massen auf diese Weise einigermaßen entgegenzukommen.

### 4. Die Lage und die Kräfte Sun Tschuang-fangs

SUN Tschuang-fang hält Ostmittelchina besetzt und ist politisch von großer Bedeutung. Würde er mit Tschang und Wu gegen die Kantoner Truppen vorgehen, so würde dies gewiß einen harten Schlag für sie bedeuten. Doch seine militärische Bedeutung ist weitaus nicht so groß wie seine politische. Formell ist er der Oberbefehlshaber über Kiangsu, Tsche-kjang, Nganhei, Kiangsi, Fukien und verfügt als solcher über 80 000 Soldaten. In Wirklichkeit hat sich aber Kiangsi bereits von ihm abgespalten, Nganhei und Fukien fügen sich nur widerwillig seiner Macht. Die Hälfte der Truppen folgt ihm nur ungerne; die unter Teng Ju-tschou in Kiangsi stehende Armee ist sogar offen gegen ihn aufgetreten. Ob er in Kiangsi den Kantoner Truppen Halt gebieten können, ist fraglich. Würden die Kantoner Truppen in sehr kurzer Zeit Kiangsi besetzen können, so würde Chow Yen-jen in Fukien neutral bleiben und eine rasche Differen-

zierung innerhalb Suns Truppen würde die Folge davon sein. Sun müßte schließlich die Flucht ergreifen.

##### 5. Die Beziehungen zwischen Tschang Tso-lin, Wu Pei-fu und Sun Tschuang-fang

Die Vertreibung der Kantoner Truppen aus Hupe, ihre Vernichtung, ist das gemeinsame Bestreben aller Militaristen. Jedoch die Gegensätze zwischen ihnen sind außerordentlich groß. Der Kampf zwischen Sun und Wu um die Führerschaft der Tschiliclique, der Kampf zwischen Sun und Tschang um Schantung, der Kampf zwischen Tschang und Wu um die Zentralmacht in Peking — sind anschauliche Beispiele dafür. Wird die Kanton-Regierung sich in Hankau behaupten können oder werden die Kuomin-Armeen von Schensi aus rasch mit den Kantoner Truppen in Hupe Fühlung gewinnen, so wird das Bündnis zwischen Tschang, Wu und Sun rasch in die Brüche gehen. Wu würde einfach zum Untergang verurteilt sein und Tschang wäre gezwungen, durch entsprechende Verhandlungen den Kantoner Truppen eine Atempause zur Organisations- und Aufklärungsarbeit zu gewähren, während Sun die Rolle eines Puffers zwischen dem revolutionären und erzreaktionären Lager zufallen würde.

##### 6. Die Beziehungen zwischen dem englischen, amerikanischen und japanischen Imperialismus in China

Im Streben zur Verhinderung des Vormarsches der Kantoner Truppen und der Kuomin-Armee sind sich diese Vertreter des Imperialismus alle einig. Aber die Interessen dieser drei Räuber in China sind durchaus nicht die gleichen. England zieht es vor, China, genau wie allen seinen Kolonien gegenüber, die schlimmsten Unterdrückungsmethoden anzuwenden. Da seine innere wie auch internationale Lage keine erfreuliche ist, muß es Zugeständnisse an Japan machen, um gemeinsam mit Japan Herr der Situation in China zu werden. Doch auch Japan ist nicht weniger schlau. Es hat vortrefflich verstanden, daß die Macht des britischen Weltreiches im Schwanken ist. Gewiß wird Japan die ihm von England gemachten Zugeständnisse nicht ablehnen, es wird ihm aber beileibe nicht einfallen, sich an England gebunden zu fühlen. Daher kann das Bündnis zwischen England und Japan keinesfalls ein festes sein. Gegenwärtig protestiert die in China erscheinende amerikanische Presse einerseits offen gegen die militärischen Interventionspläne Englands und die Metzeleien der chinesischen Militärgruppen und treibt andererseits Propaganda für die Kantoner Truppen. Das Finanzkapital des Dollarimperialismus unterstützt seinerseits energisch die chinesische Bourgeoisie, damit diese an die Macht gelangt und China mit Hilfe des amerikanischen Kapitals in einen ausschließlich amerikanischen Kapital- und Warenabsatzmarkt verwandelt. Dadurch gerät Amerika in Gegensatz zu den japanischen Interessen. Es wird Anlässe genug geben, damit das Pulverfaß, auf dem Amerika und Japan sitzen, eines schönen Tages in die Luft fliegt und der Stille Ozean in ein Blutmeer verwandelt wird.

Aus dem Gesagten ersehen wir, daß Süd- und Mittelchina in der revolutionären Bewegung von großer Bedeutung sind. Die dringendste Aufgabe

der revolutionären Massen ist die unverzügliche Beendigung der Kriegsaktion der Kantoner Truppen, damit ein direkter Zusammenstoß mit Tschang Tso-lin vermieden und die Vereinigung der Kantoner Truppen und Kuomin-Armeen herbeigeführt wird, und sie nicht einzeln von den Feinden zerschlagen werden. Dabei entsteht eine Reihe politischer Fragen, wie z. B.: Hebung der Lage der Werktätigen in den durch die fortwährenden Kriege zwischen den Militärcliquen zerstörten und verwüsteten Provinzen; Aufbau einer sich auf die Interessen vor allem der werktätigen Massen stützenden Nationalregierung u. a. m.

Bleiben diese Aufgaben ungelöst, so werden die internationalen, vor allem die englischen und japanischen Imperialisten zusammen mit den reaktionären Militärcliquen die revolutionären Streitkräfte besiegen und die Vereinigung der beiden revolutionären Armeen wäre dadurch unmöglich gemacht. Es käme in China zur Aufrichtung einer großzügigen Militärdiktatur, die die Interessen der englischen und japanischen Imperialisten vertreten würde. Wäre aber dieser Zustand von langer Dauer? Keinesfalls, da außer den Gegensätzen zwischen den verschiedenen Imperialisten und den Militärmachthabern noch folgende Tatsachen zu berücksichtigen sind:

1. Der Gegensatz zwischen den vorgeschrittenen und den reaktionären Militärkräften. Die Erste Kuomin-Armee hat bis jetzt an ihrer Kampffähigkeit keinen ernststen Schaden erlitten. Andererseits haben die Kantoner Truppen durch ihren ungeheuren Sieg in Mittelchina in den Massen und den feindlichen Truppen eine gewaltige Gärung hervorgerufen und sie tief aufgerüttelt. Sie könnten nötigenfalls ohne große Schwierigkeiten sich nach Südwestchina zurückziehen (Szetschwan, Kweitschou) und von dort aus zusammen mit den Kuomin-Armeen einen neuen Angriff gegen die reaktionäre Macht ausführen.

2. Der Gegensatz zwischen den revolutionären Massen und der Reaktion. Er kommt in der Form eines Gegensatzes zwischen der antiimperialistischen Macht in Kanton und der imperialistischen Macht in Nordchina zum Ausdruck, sowie im Gegensatz zwischen den Stimmungen der Massen und den Militärmachthabern. Zwar verfügen die hinterlistigen und brutalen Imperialistenbanditen in China noch über ungeheuren Einfluß, doch das antiimperialistische Bewußtsein, die antiimperialistische Energie der Massen wächst mit noch größerer Geschwindigkeit. Seit den Schanghaier Ereignissen (13. März 1925) sind auch in den entlegensten Dörfern starke antiimperialistische Organisationen entstanden. In Nordchina verursachte diese Massenbewegung den Ausbruch des „Antifengtien“-Krieges, die Meuterei Kwo Sung-lins gegen Tschang Tso-lin, sie konsolidierte ferner die antiimperialistische Haltung der Kuomin-Armeen. In Südchina war diese Bewegung noch wuchtiger. Sie half der Kantoner Regierung die Einheit in Kwangtung schaffen. Sie hat den Hauptstützpunkt der Revolution, die Kantoner Regierung, gefestigt und jetzt auch von Kwangsi und Hunan Besitz ergriffen. Der antibritische Streik in Hongkong hat schon über ein Jahr durchgehalten, selbst die allerbrutalste Hongkonger Regierung hat gegen ihn nichts auszurichten vermocht.

Während die chinesischen verlotterten feudalen Militärmachthaber dem Untergange geweiht sind, haben die revolutionären Massen in den letzten

zwei Jahren erstaunliche Erfolge errungen. Die Arbeiter haben bereits das ganze Land umfassende Organisationen. Auch die Organisationen der Bauernschaft entwickeln sich rasch. An jedem revolutionären Krieg nehmen Arbeiter, Bauern und Studenten regen Anteil. Auch die beschränktesten, konservativsten Kleinkaufleute beginnen ihren Glauben an die Großbourgeoisie zu verlieren; ein Teil von ihnen hat sich den nationalrevolutionären Reihen angeschlossen. Selbst die Großbourgeoisie fühlt die Notwendigkeit der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit, sie will sich von der Unterdrückung des fremden Kapitals befreien. In nicht ferner Zukunft wird es möglich sein, sämtliche revolutionären Kräfte zusammenzufassen und gegen die Imperialisten und Feudalmachthaber den tödlichen Streich zu führen.

Besonderes Augenmerk ist auch auf folgendes zu richten: Seit den Schanghaiereignissen hat mit dem Steigen der allgemeinen revolutionären Welle auch die proletarische Bewegung einen gewaltigen Aufschwung genommen. Die Sektion der Kommunistischen Internationale in China, die chinesische KP, hat dank ihrer numerischen Stärke und richtigen politischen Führung, dank ihrer Arbeit unter den Massen die Unterstützung und das Vertrauen der breitesten Schichten der Werktätigen erobert. Dieser Umstand bestimmt die Imperialisten und Militärmachthaber zu Versuchen eines Zusammenschlusses, zur Bildung einer breiten reaktionären Einheitsfront. Wir müssen unsererseits an der Entfaltung, Erweiterung, Festigung und am Zusammenschluß der proletarischen Organisation, der proletarischen Bewegung arbeiten, um dadurch eine Beschleunigung des Heranreifens der chinesischen und somit auch der Weltrevolution herbeizuführen.

## A. EICHENWALD:

### TENDENZEN UND ERGEBNISSE DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG DER SOWJETUNION

#### 1. Was hat die Periode des Wiederaufbaues ergeben?

Die höchste Instanz zur planmäßigen Regulierung des proletarischen Staates — die staatliche Planwirtschaftskommission der USSR — veröffentlicht bereits das zweite Jahr die „vergleichenden Kontrollziffern der Volkswirtschaft“. In diesen Ziffern wird mit der erforderlichen Gründlichkeit und Genauigkeit das Fazit aus dem Wachstum der Sowjetwirtschaft gezogen und die wahrscheinlichen Entwicklungsperspektiven für das nächste Wirtschaftsjahr gekennzeichnet.

Die vergleichenden Kontrollziffern für 1926/27\* sind in dieser Beziehung

\* Anmerkung für die fremdsprachigen Ausgaben; die vergleichenden Kontrollziffern werden auf Grund des gesamten vorhandenen statistischen Materials durch eine Reihe angesehenster Wirtschaftler und Statistiker der staatlichen Planwirtschaftskommission ausgearbeitet und geben die ausschlaggebenden Indexzahlen der gesamten Volkswirtschaft für das bevorstehende Jahr. Sie sind gewissermaßen die Achse, um die sich die Jahreswirtschaftspläne aller übrigen Teile der Volkswirtschaft drehen.

von besonderer Bedeutung. Die Sowjetwirtschaft befindet sich im Uebergang aus einer Entwicklungsperiode zu einer anderen. Wenn das Jahr 1925 bis 1926 in der Hauptsache das Jahr der Aufholung des früheren Vorkriegsniveaus der Produktion war, so überschreitet die Sowjetunion 1926/27 die Grenze zwischen der „Wiederaufbau“-Periode und der Periode der Reproduktion der Produktivkräfte der Volkswirtschaft und tritt entschieden ein in die Epoche des unmittelbaren Aufbaues der technischen Basis des Sozialismus. Dieser Wendepunkt kommt klar zum Ausdruck in den einzelnen Koeffizienten der Zunahme der Produktion in den beiden Hauptzweigen der Volkswirtschaft. Wenn die Schwerindustrie 1925/26 einen Produktionszuwachs von 46 Prozent gegenüber dem Vorjahre aufzuweisen hatte, so ist für 1926/27 eine Zunahme von insgesamt 14 bis 15 Prozent vorgesehen; wenn die Landwirtschaft 1925/26 ihre Produktion um 23 Prozent vergrößerte, so ist für 1926/27 lediglich eine Steigerung von 5 Prozent vorgesehen. Diese Verlangsamung des Tempos in bezug auf das Wachstum der Wirtschaft findet ihre Erklärung in dem Umstand, daß an die Stelle der einfachen Inbetriebsetzung stillgelegter Fabriken, an die Stelle der einfachen „Aktivisierung“ des alten Produktionsapparates, der Bau neuer Produktionsmittel, die Bildung eines neuen Grundkapitals, neuer Betriebe, neuer Grubenanlagen, neuer Hüttenwerke, Eisenbahn usw. tritt. Infolgedessen ist es natürlich unmöglich, daß das Wachstum der Produktion in Zukunft weiter derart sprunghafte Erhöhungen um 40 oder 60 Prozent pro Jahr aufzuweisen vermag. Vielmehr wird es im Einklang mit den Kapitaleinlagen der Wirtschaft, mit den Neuanlagen und der Vergrößerung des Betriebskapitals, vor sich gehen. Dafür aber werden wir es mit einem wirklichen Wachstum neuer Produktivkräfte zu tun haben, die als Fundament für den Sozialismus zu dienen vermögen.

Was hat die zu Ende gegangene Periode des „Wiederaufbaues“ ergeben? Welche Tendenzen sind in den verschiedenen Wirtschaftselementen im Verlaufe der 5 bis 6 Jahre des Wiederaufbaues hervorgetreten. Welche Ergebnisse liegen vor in bezug auf die Entwicklung dieser Tendenzen in produktionstechnischer und sozialwirtschaftlicher Beziehung? Das ist die erste Gruppe der Fragen, auf die wir, gestützt auf die „vergleichenden Kontrollziffern 1926/27“, jetzt schon zu antworten vermögen.

Vergleichen wir vor allem den Wiederaufbau der Wirtschaft der ersten proletarischen Republik mit dem Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft des bürgerlichen Europa. Daraus ergibt sich eine erste Vergleichsprobe in bezug auf die wirtschaftliche Rivalität zwischen dem europäischen Kapitalismus und dem Wirtschaftswesen der Sowjetunion — eine Vergleichsprobe in bezug auf die Rivalität um den Wiederaufbau.

Nehmen wir die Landwirtschaft. Hier haben wir folgendes Bild: (wobei wir das Minimum kursiv, das Maximum halbfett setzen):

	Saattfläche in Prozenten, im Vergleich zu 1909/1913*							
	1909/13	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
USSR.	100	89,2	86,2	80,6	63,6	77,0	83,2	<b>86,4</b>
Frankreich	100	69,8	77,6	80,6	80,0	<b>81,8</b>	81,2	81,7
Deutschland	100	80,5	83,7	83,2	82,1	87,2	88,9	<b>90,7</b>

\* Note siehe nächste Seite.

Was ergibt sich aus diesen Zahlen?

Die Landwirtschaft der Sowjetunion, die nicht nur den imperialistischen, sondern auch den äußerst schweren Bürgerkrieg mitgemacht hat, weist ein weit niedrigeres Niveau auf als die Landwirtschaft anderer europäischer Länder (bis zu 63 Prozent des Vorkriegsniveaus im Jahre 1922). Ungeachtet dessen hat sie 1925 in bezug auf ihren Wiederaufbau Frankreich überholt und Deutschland nahezu eingeholt. Die Erklärung hierfür liegt vor allem darin, daß die Landwirtschaft der Sowjetunion mit Riesenschritten und weit rascher gehoben wurde als die Landwirtschaft anderer Länder, zweitens darin, daß dieser rasche Aufschwung gleichmäßig verlief, ohne jedwede ernsthafte Störungen oder Krisen. Von 1923 ab nimmt die Saatfläche der Sowjetunion unaufhörlich zu, während die Landwirtschaft in den meisten anderen Ländern entweder zurückgeht oder eine durchschnittliche Tendenz des Aufschwungs zeigt. So hat das Jahr 1924 in einer Reihe wichtiger Länder (Vereinigte Staaten, England, Amerika) einen erheblichen Rückgang der Saatfläche ergeben. 1923 z. B. machte die Saatfläche in den Vereinigten Staaten 109,8 Prozent der Vorkriegsfläche aus, 1924 dagegen nur noch 107,2 Prozent der Vorkriegsfläche. Demgegenüber weist die Landwirtschaft der Sowjetunion auch in diesem Jahre einen weiteren Fortschritt auf und die Saatfläche erreicht 83,2 Prozent im Jahre 1924 gegen 77 Prozent im Jahre 1923. Die Schlußfolgerungen aus diesen Angaben ergeben sich von selbst: der proletarische Staat hat erwiesen, daß er es ungeachtet des unerhörten, mit der Intervention und dem Bürgerkrieg zusammenhängenden Niederbruchs verstanden hat, den Wiederaufbau seiner Landwirtschaft rascher und gleichmäßiger vorzunehmen, als es in den kapitalistischen Ländern der Fall war.

Die menschwistische Schlauköpfe mögen versuchen, diese äußerst wichtige Tatsache dadurch zu erklären, daß unsere Landwirtschaft in bezug auf ihre produktionswirtschaftliche Einrichtung überaus primitiv ist und infolgedessen leichter, wie der Phönix aus der Asche sozusagen fast aus dem Nichts, wieder hervorgezaubert werden kann. Die ultralinken Schreihälse oder die oppositionellen Nörgler, die mit diesen menschwistischen Schlauköpfen an einem Strange ziehen, werden mit verhaltener Schadenfreude darauf verweisen, daß die Landwirtschaft — der ausschlaggebende Teil des privatwirtschaftlichen Elements der Sowjetwirtschaft sei und daß ihr sozialer Wiederaufbau sozusagen noch kein Beweis sei für die Erfolge des sozialistischen Aufbaues auf dem Gebiete der Rivalität mit dem europäischen Kapitalismus. Auch der junge russische Kapitalismus habe seinerzeit seine Vorzüge gegenüber dem faulenden und siechenden westlichen Kapital bewiesen.

Wir brauchen die feststehende Tatsache nicht zu beweisen, daß die kleinbürgerliche bäuerliche Warenwirtschaft in der Sowjetunion ein zusammenhängender Teil des unzerteilbaren Organismus ihrer ganzen Volkswirtschaft ist, die durch die sozialistischen „Kommandohöhen“, in erster Linie durch die Staatsindustrie, geleitet wird. Wir brauchen nicht zu beweisen, daß

\* Vergleichende Kontrollziffern, Seite 148. Wir bringen keine Angaben in bezug auf England, da England eine Vergrößerung der Saatfläche von 1919 bis 1922 über die Vorkriegsnorm (infolge der Blockade) aufzuweisen hatte. Im Anschluß daran ging die Saatfläche zurück (1925 = 89 Prozent).

diesem Umstand zufolge der rasche Wiederaufbau unserer Landwirtschaft zusammenhängt nicht nur mit dem Wachstum der kapitalistischen Elemente der Warenwirtschaft, sondern gleichzeitig auch mit der Erweiterung der Basis der sozialistischen Industrie auf dem Gebiete der Rohstoffherzeugung, der Marktverhältnisse und der Lebensmittelversorgung usw. Mit anderen Worten: das Wachstum der Landwirtschaft ist in gewissem Grade als ein Erfolg des sozialistischen Aufbaues und als Hinweis auf die außerordentlich positive Bedeutung der sozialistischen Leitung der Volkswirtschaft der Sowjetunion zu betrachten. Versuchen wir die menschwistische Schlaueheit und das ultralinke Nörglertum auf andere Weise zu widerlegen: stellen wir uns die Frage, wo der größere Erfolg zu verzeichnen ist — beim Wiederaufbau der Wirtschaft in der Sowjetunion oder in Westeuropa, bzw. ob sich dieser Fortschritt nur auf unsere Kleinbauernwirtschaft oder auch auf unsere sozialistische Industrie erstreckt. Betrachten wir die Indexzahlen der drei wichtigsten Industriezweige: Kohlenerzeugung, Stahlerzeugung und die Textilgewebeerzeugung.

Der Wiederaufbau des Steinkohlenbergbaues in der USSR und in Westeuropa läßt sich an Hand folgender Zahlen verfolgen:\*

	1913		1921		1. Hälfte 1926	
	in 1000 Metertonnen	in %	in 1000 Metertonnen	in %	in 1000 Metertonnen	in %
USSR . . . .	29 052	100	8 520	29	12 360	85
Europa . . .	604 228	100	359 740	65	235 097**	75
					(1925 — 89)	

Das Bild ist ohne weiteres klar: die Produktion in der Sowjetunion hat durch Krieg und Revolution doppelt so stark gelitten wie die Produktion in ganz Europa. 1924 ging die Produktion in der Sowjetunion auf das klägliche Niveau von 29 Prozent zurück. Aber durch die Anstrengung des Proletariats der Sowjetunion ist es gelungen, sie 1926 in nicht geringerem Maße wieder herzustellen wie die Produktion in ganz Westeuropa.

Etwas schlechter ist es um die Metallindustrie bestellt. Hier zeigen die Indexziffern der Stahlproduktion folgendes Bild:

	1913		1921		1. Halbjahr 1926	
	in 1000 M.T.	in %	in 1000 M.T.	in %	in 1000 M.T.	in %
USSR . . . .	4248	100	192	1,3	1475	69,4
Europa . . .	43320	100	21123	48,7	19684	90,8

Daraus geht hervor, daß die Stahlerzeugung in der Sowjetunion 1920/21 fast völlig aufgehört hatte, während sie in Westeuropa nicht unter 45,5 Prozent der Vorkriegsproduktion zurückgegangen war. 1926 hat die Stahlerzeugung in der Sowjetunion ebenfalls gewaltige Erfolge zu verzeichnen, dennoch aber konnte sie in bezug auf den Wiederaufbau die prozentuale Förderziffer der westeuropäischen Stahlerzeugung nicht erreichen. Aber dieser Aufschwung der Stahlerzeugung in der Sowjetunion

\* Vergleichende Kontrollziffern, Seite 150.

\*\* Die geringe Zahl findet ihre teilweise Erklärung in dem Kohlenstreik, der im Mai einsetzte; aber sogar 1925 betrug die Wiederaufbauziffer insgesamt 89 Prozent. Außerdem darf der Zusammenstoß der Klassen nicht als eine außerhalb des Rahmens stehende Erscheinung betrachtet werden, die mit dem Wesen der kapitalistischen Stabilisierung nichts zu tun hat.

geht unaufhörlich und energisch weiter, während wir in Westeuropa einen Stillstand der Stahlerzeugung, einen Rückgang und Betriebsstillegungen beobachten. Und zwar gilt das in gleicher Weise für Stahl und Kohle.

Ein prozentualer Vergleich der Erzeugungskurve, gegenüber 1919, ergibt in diesen beiden Produktionsgebieten folgendes Bild:\*

	Stahl	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Europa (ohne USSR)	100	124,3	104,3	130,7	133,3	165,8	170,5	
USSR	100	81,9	92,0	181,7	364,8	571,4	1066,0	
	Kohle							
Europa (ohne USSR)	100	107,7	193,8	118,2	113,6	127,7	123,1	
USSR	100	91,3	101,8	108,3	159,3	192,1	210,8	

Der Wiederaufbau der beiden Industriezweige geht in der Sowjetunion weit rascher und gleichmäßiger vor sich als in Westeuropa.

Um das Problem des Verlaufs des Wiederaufbaues der Industrie endgültig zu klären, bringen wir noch die statistische Kurve der Produktionsziffern der Baumwollgewebe-Erzeugung in der Sowjetunion und in England.

#### Indexziffern in der Baumwollindustrie

	durchschnittl. Monatsangaben				1. Halbjahr 1926	
	1913		1923		1926	
	absol.	in % zu 1913	absol.	in % zu 1913	absol.	in % zu 1913
England (Ausfuhr von Baumwollerzeugnissen in Millionen qm)**	492,5	100	288,5	58	323,2	65
USSR. (Erzeug. v. Baumwollgeweben in Million. qm)	25,30	100	6,45	25	20,2	80

Daraus geht hervor, daß die Sowjetunion 1926 ihre Produktion nicht in minderem Grade wiederaufgebaut hat als England, obwohl unsere Textilindustrie infolge des Krieges und der Revolution eine weit stärkere Schädigung erfahren hat, als es der Rückgang der englischen Baumwollindustrie in den Jahren des Krieges bedeutete.

Natürlich stellen alle diese Angaben bei weitem keine Lösung des Problems der Rivalität zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Ländern dar. Im Grunde genommen steht diese Rivalität in ihrem ganzen Umfange erst noch bevor. Die Sowjetunion hat noch keinesfalls ihre außerordentliche Rückständigkeit gegenüber den technischen Vollkommenheiten der kapitalistischen Länder überwunden, und die Aufgabe, es den führenden Ländern gleich zu tun, beginnt erst, aktuell zu werden. Der Wiederaufbau der Wirtschaft ist jedoch ein Anfang auf diesem Gebiet. Und angesichts der ersten Ergebnisse dieser „Wiederaufbau-Rivalität“ — kann man mit absoluter Ueberzeugung feststellen, daß sich die Vorzüge der planmäßigen sozialistischen Wirtschaftsmethoden bereits in der realen Wirtschaftsentwicklung praktisch bemerkbar machen. Sie kommen zum Ausdruck in der Tatsache

\* Angaben aus dem Sammelwerk „Weltwirtschaft“ für 1919/25, Tabelle 2

\*\* Die Ausfuhr von Textilerzeugnissen aus England beträgt 80 Prozent der Erzeugung. Die Erreichung der Produktionsnorm kann infolgedessen auf Grund der Ausfuhrangaben beurteilt werden. Auf diese Weise geht denn auch das statistische Büro des Weltwirtschaftssektors der staatlichen Planwirtschaftskommission vor, deren Aufstellung wir diese Angaben entnehmen. (Vergl. „Planwirtschaft“ Nr. 5, Seite 290/91.)

des rascheren und gleichmäßigeren Wiederaufbaues der Wirtschaft der Sowjetunion, die eine in Westeuropa ganz unbekannte Niederbruchsperiode zu überwinden hatte und nichtsdestoweniger im Vergleich zur Vorkriegszeit bereits annähernd das gleiche Wiederaufbauniveau wie Westeuropa erreicht hat, oder jedenfalls nur ganz unbedeutend dabei zurückbleibt und unvergleichlich rascher, unaufhaltsamer und gleichmäßiger vorwärts schreitet.

Die ungeheure Bedeutung dieser Tatsache liegt vollkommen auf der Hand. Der Sozialismus hat, ungeachtet ganz außergewöhnlicher Schwierigkeiten, diese erste Belastungsprobe bestanden. Natürlich kann man daraus noch nicht das Recht ableiten, zu sagen, daß die Unvermeidlichkeit des Sieges der sozialistischen Sowjetunion bei dem bevorstehenden, weit komplizierteren und schwierigeren wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Weltkapitalismus bereits feststeht. Immerhin aber haben wir Grund genug, um ohne Panik und mit festem und ruhigem Glauben an unsere Kraft diesen entscheidenden Wettbewerb anzutreten und die Lösung der neuen grandiosen Aufgabe — die Aufgabe der Industrialisierung der Sowjetunion in Angriff zu nehmen. Der Verlauf des Wiederaufbaues sowie die Tatsachen des praktischen Lebens und der Wirtschaft haben die ungeheure reale Tragweite der Vorzüge, die die Sowjetwirtschaft dank der proletarischen Diktatur und der sozialistischen Struktur der ausschlaggebenden Produktionszweige besitzt, bewiesen. Diese Vorzüge sind unser Kapital, unsere eiserne Reserve, die wir jenen anderen Vorzügen an Reichtum, Technik und Kultur, die die bürgerlichen Länder uns gegenüber besitzen, sehr wohl entgegenhalten können. Gestützt auf diese unsere Vorzüge, können wir die bürgerlichen Länder einholen und den Sozialismus in unserem Lande errichten.

## II. Der Chor der Opposition über die wirtschaftlichen Erfolge

Diese Schlußfolgerungen, die sich mit unwiderleglicher Klarheit aus der praktischen Erfahrung der Wiederaufbauperiode ergeben, werden jedoch sowohl von den deutschen ultralinken Parteifeinden, die sich um die Schrehälse innerhalb der Partei gruppieren, wie von den russischen Kapitulationshelden der Opposition unter Feuer genommen. In ihrem fraktionellen Eifer sind diese Genossen (oder jene à la Katz, Korsch und Konsorten, die durchaus keine Genossen sind) bemüht, die Erfolge des sozialistischen Aufbaues nach jeder Richtung hin zu schmälern und die Bedeutung der praktischen Ergebnisse des „Wiederaufbauwettbewerbs“ zu verdonnern. Diese Elemente brauchen das, um die Führung der KP der SU zu diskreditieren und die Entwicklungsperspektiven der Sowjetunion in den allerschwärzesten Farben zu malen und somit ihre eigene Panikmacherei zu rechtfertigen. Mit einigen Unterschieden befassen sich sämtliche Schattierungen der antileninistischen Litanei der ultralinken Gruppierungen und oppositionellen „Strömungen“ mit diesem Geschäft — angefangen von Korsch und Katz, bis zu Urbahns und den Verfassern der Erklärung der 700, bis Pjatakow und Sokolnikow, die die hauptsächlichsten Elemente des oppositionellen Blocks der KP der SU vertreten, — bis zur Gruppe der Trotzisten mit dem Papst der Vereinigten Opposition, dem Genossen Trotzki an der Spitze, und der Gruppe der Anhänger der Genossen Sinowjew und Kamenew, die sich auf die schiefe Bahn des Trotzismus begeben haben. In diesen Chor „linker“ Schrehälse

stimmt mit Freude die krächzende Leier des internationalen Menschewismus und sein solid brummender Baß, die internationale Bourgeoisie, ein.

Einerseits erklären die wildgewordenen Oppositionellen, daß die Wiederaufbauperiode die „Periode der kleinen Aufgaben der Revolution“ gewesen sei und daß die Erfolge des sozialistischen Aufbaues im Laufe dieser Periode noch nichts besagen. Würde man ihnen Glauben schenken, so käme heraus, daß es nichts Leichteres gebe als den Wiederaufbau einer ruinierten Wirtschaft unter Zuhilfenahme der alten Produktionsreserven. Sie erklären, daß die Erfolge des Sozialismus auf diesem Gebiet, das rasche Tempo des Wiederaufbaues der Industrie und der Landwirtschaft, das mit der Festigung und dem Ausbau der Positionen des sozialistischen Sektors zusammenhängen, „absolut nichts besagen“ in bezug auf das wirkliche Wachstum der wirtschaftlichen Macht des Sozialismus oder seine wirklichen Erfolge auf dem Gebiete des Wettbewerbs mit den kapitalistischen Elementen innerhalb der Sowjetwirtschaft und dem System des Weltkapitalismus außerhalb ihr. Angeblich erst jetzt, mit dem Ende der Wiederaufbauperiode, würde eine neue schwarze Aera anbrechen, die einen außerordentlich schwierigen Kampf gegen die Offensive des Kapitals mit sich bringen würde.

Wir haben nicht nötig, dieses Gerede zu widerlegen, da, noch vor uns, kein geringerer als der Papst der Opposition selbst, Genosse Trotzki, das getan hat. Vor einem Jahre hatte er noch nicht die Führung der Vereinigten Opposition, die ihren wütenden Angriff gegen die leninistische Führung der KP der SU richtet. Da er aber nicht voraussah, daß sich ein Jahr später seine Fraktion mit der wildversessenen Beweisführung befassen wird, daß irgendwelche ernsthafte Erfolge des sozialistischen Aufbaues nicht vorliegen, und daß er bis zum Erbrechen von einem furchtbaren Wachstum der kapitalistischen Schichten unserer Wirtschaft schreien würde, hat er eine gar nicht schlechte Broschüre geschrieben, in der er an Hand von Ziffern und Zahlen nachwies, daß die Sowjetwirtschaft in der Richtung des Sozialismus und nicht des Kapitalismus marschiert. Ueber die Bedeutung der Wiederaufbauperiode lesen wir dort das direkte Gegenteil dessen, was seine eigenen Herolde jetzt — nach kaum einem Jahre — verkünden.

„... In der schwierigsten Periode, als sich die negativen Vorzüge der Großbetriebe immer mehr geltend machten als die positiven, hat der Staat mit vollem Erfolg den Kampf gegen den ersten Angriff des Privatkapitals bestanden. ... Nunmehr, da die ausschlaggebenden Positionen weit zuverlässiger befestigt wurden, und zwar allein dadurch, daß die Großbetriebe in vollem Umfang zu arbeiten beginnen, ist keinerlei Grund vorhanden, irgendwelche Befürchtungen über die inneren Faktoren unserer Wirtschaft zu hegen“\*.

Vor einem Jahre also war die Wiederaufbauperiode „die schwierigste Periode“. Nunmehr wird sie, um der fraktionellen Polemik auf die Beine zu helfen, degradiert zur „Periode der kleinen Aufgaben“. Vor einem Jahre gab der Sieg über das Privatkapital, trotzdem die Industrie noch nicht ganz wieder aufgebaut war und die wirtschaftlichen Vorteile der Großbetriebe vernichtet waren, „keinerlei Grund zu Befürchtungen“ in bezug auf mögliche plötzliche Erfolge des Privatkapitals in der auf die Wiederaufbauperiode folgenden Periode der Reproduktion. Nunmehr aber, nach kaum einem

\* „Zum Sozialismus oder zum Kapitalismus?“ Seite 17 (russische Ausgabe, von uns unterstrichen).

Jahre — „nous avons changé tout cela“! — und der Sieg, den der Wiederaufbau errungen hat, soll nichts mehr bedeuten, die neue Periode der wirtschaftlichen Entwicklung soll eine obskure Aera voll der fürchterlichsten Ueberraschungen einleiten. Und dabei tun die Oppositionellen beleidigt, wenn man sie nach derart graziösen Bocksprüngen beschuldigt, daß sie prinzipienlos sind und alles den Erfordernissen der fraktionellen Verleumdung unterordnen.

Kann es nun als bewiesen gelten, daß der stürmische Aufschwung der Wirtschaft der Sowjetunion sich wirklich in der Richtung des Sozialismus bewegt? Ist es doch so, daß sich das Wachstum der Produktivkräfte unter der Neuen Oekonomischen Politik in widerspruchsvollen sozialen Formen bewegt und sowohl ein Wachstum des sozialistischen Sektors als auch ein Wachstum der kapitalistischen Elemente mit sich bringt. Von der Lösung der Frage, „welches dieser beiden Elemente siegt“, welches dieser beiden Elemente „eines das andere überholt“, hängt das Schicksal der allgemeinen Richtung der Entwicklung unserer Wirtschaft ab. Wie liegen die Dinge in bezug auf diese entscheidende Frage? Korsch und Konsorten lassen in dieser Beziehung keinen Zweifel. So heißt es in den Nummern 13 und 14 der „Kommunistischen Politik“, in einer Erklärung von Korsch „zur Krise der KP der SU“: „Die rücksichtslose Beseitigung aller die kapitalistische Entwicklung des flachen Landes hemmenden gutsbesitzerlichen und feudalen Rahmen, die Nationalisierung des Grund und Bodens und der Großindustrie angesichts der durch die Verzögerung der Weltrevolution bedingten Unmöglichkeit des Aufbaues des Sozialismus und der Wiedererrichtung der kapitalistischen Methoden der Produktion und des Warenaustausches — erschließen die breitesten Aussichten nicht für einen Aufbau des Sozialismus, sondern für eine rasche und endgültige Entwicklung des Kapitalismus in der USSR.“

Diese Entwicklung vollzieht sich in beschleunigtem Tempo . . . In Rußland vollzieht sich immer mehr und mehr die Bildung und das Wachstum von Kapital auf der Grundlage der sogenannten „ursprünglichen Akkumulation“. Die Entwicklung der Produktivkräfte in Rußland „ist gleichbedeutend mit ihrer kapitalistischen Entwicklung sowie mit dem Wachstum des Staatskapitals und des Privatkapitals, kurz, mit der kapitalistischen Entwicklung Rußlands“.

Man muß Korsch Gerechtigkeit widerfahren lassen: Er hat jenen „Gedanken“ klar und präzise formuliert (jenen hundertprozentigen menschevistischen Gedanken), um den die Ultralinken in Deutschland und die Genossen aus der neuen Opposition in der USSR „wie die Katze um den heißen Brei herumgehen“.

Nur haben die Leute insofern Pech, als dieser menschevistische Gedanke nicht nur nicht richtig, sondern auch längst durch die Wirklichkeit des Wirtschaftslebens widerlegt wurde und . . . sei es auch nur durch den jetzigen Führer der Opposition — den Genossen Trotzki.

In dem Vorwort zur deutschen Ausgabe derselben Broschüre erteilt Genosse Trotzki an Korsch und seinesgleichen in den Reihen der deutschen und russischen Opposition eine offene und klare Antwort, als er ausführte:

„Es lügt, wer behauptet, daß sich die Entwicklung der Produktivkräfte in kapitalistischer Richtung bewege: in der Industrie, im Transport- und Verkehrswesen, im

Handel, im Finanz- und Kreditwesen nimmt die Rolle des Staates, als einer wirtschaftlichen Einheit, im Vergleich zur Zunahme der Produktivkräfte nicht ab, sondern wird im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft eine größere. Dafür zeugen unwiderleglich die Tatsachen und Ziffern.“ \*

Das ist sehr richtig und sehr gut gesagt. Trifft aber dieser Pfeil, der auf die Menschewiki, die unmittelbaren Verbündeten des Genossen Trotzki, abgeschossen wurde, jetzt etwa nicht die Panikmacher, die über ein unglaubliches Wachstum des Privatkapitals, über die erschreckende Großbauerngefahr und die schiefe Bahn sowie die Ausartung des Sowjetstaates ihr Geschrei erheben? Geraten in die Reihe der „Lügner“ jetzt nicht auch einige der engsten Freunde und Mitkämpfer des Genossen Trotzki, die zweifelsohne mit seiner Billigung auftreten? Es ist ganz klar, daß dem so ist.

Wir aber empfinden bereits die zornigen Blicke der oppositionellen Genossen und hören bereits, daß man uns unehrlicher Methoden der Polemik beschuldigt. Aber seitdem die Broschüre „Zum Sozialismus oder zum Kapitalismus?“ geschrieben wurde, ist ein ganzes Jahr verfllossen. Diese Broschüre stützte sich ja doch auf die vergleichenden Kontrollziffern 1925/26. Inzwischen liegen bereits die Ziffern 1926/27 vor. Vielleicht haben sich im Verlaufe des Jahres in der Volkswirtschaft nun derart ernsthafte Verschiebungen vollzogen, daß diese den Genossen Trotzki und den ganzen Oppositionsblock zwingen, ihre Beurteilung der Lage gänzlich zu ändern und dem ZK der KP der SU den Vorwurf zu machen, daß das Land unter seiner Führung in der Richtung des Kapitalismus marschiert? Wenn Genosse Trotzki 1925 schrieb, daß „in den trockenen statistischen Zahlenreihen und den fast ebenso trockenen und nüchternen Erläuterungen dieser Zahlenreihen die herrliche geschichtliche Musik des wachsenden Sozialismus ertönt“, wie könnte es dann jetzt sein, daß ihm aus den vergleichenden Kontrollziffern 1926/27 der eisige Atem der Offensive des Kapitals entgegenströmt? Sollte das also der Fall sein, so würden auch die ganzen Bocksprünge in der Beurteilung der Lage durch die Opposition begreiflich: gibt es doch Jahre und Wendepunkte, an denen sich die Entwicklungstendenzen grundlegend ändern, so daß auch die Beurteilung der sich abspielenden Ereignisse durch die Menschen eine entsprechend andere werden muß. Untersuchen wir deshalb, was es mit diesem entscheidenden Punkt für eine Bewandnis hat.

(Schluß folgt.)

\* „Zum Sozialismus oder Kapitalismus?“ — Vorwort zur deutschen Ausgabe vom 7. November 1925.

CLARA ZETKIN:  
 DAS MEMORANDUM DER DEUTSCHEN  
 ULTRALINKEN ZUM KONFLIKT IN DER  
 WKP\*

Was hat das „Memorandum“ zu den „gegenwärtigen politischen Differenzen in der WKP“ zu sagen? Laut wiederholter Behauptung bilden Fragen der russischen Revolution, der Weltrevolution, ihren Kern.

Bei flüchtigem Ueberblick über die fraglichen Seiten des „Memorandums“ könnte es jedoch fast dünken, daß die politischen Gegensätze zwischen Mehrheit und Minderheit der WKP geringfügig seien, nur um Nuancen gingen. Die eine hervorgehobene Hauptstreitfrage ist: kann und darf man die Sowjetbetriebe als „sozialistische“ bezeichnen, oder sind sie „nur“ — wie Lenin sich ausdrückte — von „konsequent sozialistischem Typus“? Die verschiedene Formulierung soll nach der Ansicht der Opposition eine Wesens- und Wertdifferenzierung zum Ausdruck bringen von entscheidender Wichtigkeit für die politische Linie in allen grundlegenden Fragen des Industriesaufbaues. Die mit der verschiedenen Bezeichnung verknüpften Unterschiede sind die Grundlage für Gegensätze in der Auffassung von Mehrheit und Minderheit.

Zusammengefaßt äußert sich das „Memorandum“ dazu wie folgt, nachdem es ein Weniges und Oberflächliches über den „Staatskapitalismus“ unter proletarischer Diktatur und die „NEP“ geredet hat. Die Schwierigkeiten der objektiv gegebenen Situation machten es unvermeidlich, „daß der Arbeiterklasse neue Lasten auferlegt werden mußten“. Der Aufbau der Industrie ist in den Sowjetunternehmungen von „unbefriedigenden Löhnen“ und anderen ungünstigen Erscheinungen begleitet. So kommt es, daß „die Arbeiter . . . sich im Betriebe selbstverständlich die Frage vorlegen müssen, ob der Sozialismus so aussieht, wie ihnen vielfach von übereifrigen Schülern Bucharins gesagt wird“. Diese Schüler sagen angeblich, „daß schon die gegenwärtigen Zustände im Betriebe sozialistisch seien. Diese Behauptung ist nur fähig, den Sozialismus zu diskreditieren. Niemand von der Opposition fällt es ein, zu behaupten, die nationalisierten Staatsbetriebe seien nicht vom „sozialistischen Typ“. Aber die Idealisierung der gegenwärtig ganz und garnicht idealen Zustände, Beziehungen im Betrieb, die Verzuckerung der Rationalisierungsmethoden usw. sind gefährlicher als das brutale Aussprechen dessen, daß solche Maßnahmen sich notwendig gemacht haben durch die Verzögerung der Weltrevolution.

Etwas eingehender beschäftigt sich das „Memorandum“ mit der zweiten politischen Differenz zwischen Mehrheit und Minderheit. „Die Hauptfrage auf dem 14. Parteitag war die der Kulakengefahr. Die Opposition sieht diese Gefahr als außerordentlich groß an“. Die Mehrheit bestreitet die Kulakengefahr durchaus nicht, wie das „Memorandum“ fälschlich behauptet.

\*) Fortsetzung aus Heft 3 dieser Zeitschrift.

Allein sie ist der Meinung, daß sie ebenso wenig pessimistisch überschätzt wie optimistisch unterschätzt werden darf. Wie über den Grad der Gefahr, so bestehen über die Mittel zu ihrer Bekämpfung und Ueberwindung Gegensätze zwischen „Stalin's Mehrheit“ und der Opposition. „Die Kulaken bilden die Dorfbourgeoisie. Sie sind die Klassen-F e i n d e des Proletariats sowie der armen Bauern. Die Grundfrage ist die, ob unter den gegenwärtigen, ungeheuer schwierigen objektiven Verhältnissen man den Kurs zur Gewinnung der Mittelbauern, die als kleinbürgerliche Schicht zwischen Proletariat und Bourgeoisie hin- und herschwanken, nehmen soll durch Unterstützung der armen Bauern und konsequente Führung des Klassenkampfes gegen die Dorfbourgeoisie, oder ob es möglich ist, durch Konzessionen an die reichen Bauern diese sozusagen in Sowjetbauern zu verwandeln und den Klassenkampf auf dem Dorfe abzdämpfen, die Bauern zu nivellieren, namentlich durch Hebung der armen Bauern auf das Niveau der Mittelbauern“.

Hört man das „Memorandum“, so „hält die Mehrheit der WKP den Weg der Konzessionen an die reichen Bauern für den richtigen“. Ihr Opportunismus ist kurzsichtig und verblendet. „Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Konzessionen an die fetten Bauern, insbesondere in Steuerfragen, in den Fragen der Verpachtung von Land, in Zulassung von landwirtschaftlicher Lohnarbeit, nur zu einem Erstarken der Klassen-Appetite der Dorfbourgeoisie geführt haben“. Die Opposition in der WKP „fordert die energische Unterstützung der Dorfarmut, welche von den Kulaken heute bereits vielfach terrorisiert wird, welche in wirtschaftliche Abhängigkeit der Kulaken gerät. (Ein sehr großer Prozentsatz der Bauernschaft ist pferdelos und gerät dadurch in die schlimmste Abhängigkeit von den reichen Bauern.)“

Wie wirtschaftlich, so — nach dem „Memorandum“ — auch politisch eine revidierte, grundverkehrte, unleninistische Einstellung der Mehrheit. „Schon Lenin hat in seinem letzten Artikel ganz scharf betont, daß der Staatsapparat der Sowjetunion ein unförmlich aufgeschwollener, bürokratischer, schlechtfunktiozierender Apparat ist.“ Allein wie verschieden fassen die entartete Mehrheit und die kernfest revolutionär gebliebene Minderheit die vorliegende Aufgabe auf, obgleich beide die gleiche Losung erheben: Belebung, Tätigkeitssteigerung der Sowjets! Die Opposition fordert, „daß die Sowjets insofern belebt werden, als sie entbürokratisiert werden, wieder das Bewußtsein erhalten sollen, Organe zur Verbreitung der Idee des Sozialismus zu sein, als sie sich darauf besinnen, daß sie nicht nur bürokratische Verwaltungsorgane, sondern in erster Linie aktive Träger der proletarischen Staatsidee und des Wirtschaftsaufbaues sein sollen, daß insbesondere die Sowjetdelegierten ihren Wählern jederzeit verantwortlich sein müssen und von ihnen abberufbar sind (was man vielfach vergessen hat)“. Die Mehrheit hingegen „hat die Wahlrechte, die durch die Verfassungsurkunde der Sowjetunion festgelegt waren, nach manchen Richtungen hin erweitert und den kleinbürgerlichen und gegenrevolutionären Elementen (reiche Bauern, mit der Kirche in Beziehung stehende Elemente, Kleinhändler, städtische Bourgeoisie) den Zugang zu den Sowjets ermöglicht“. Auf dem Papier, das zum Glück für die ultralinken Führer sich nicht „oppositionell“ auflehnen kann, hat die Erfahrung auch in dieser Frage bereits die Auffassung der Mehrheit verdammt. „Der Ausfall der diesjährigen Sowjetwahlen wird auch

von der Mehrheit als überaus schlecht zugegeben. . . . Er zeigt, daß diejenigen Elemente, die an und für sich antisowjetistisch sind, wachsende Aktivität aufweisen, während die Arbeiterklasse vielfach sich deprimiert von den Wahlen zurückhielt und die Dorfarmut, durch die fortwährenden Terrorakte der Dorfbourgeoisie eingeschüchtert, sich überhaupt nicht an den Wahlen beteiligte.“

\*

Die Verfasser des „Memorandum“ haben nach der Art des französischen Falschspielers in Lessings „Minna von Barnhelm“ das Glück korrigiert. Die Mehrheit hat nie „zugegeben“, daß der Ausfall der letzten Sowjetwahlen „überaus schlecht“ war. Sie waren die ersten, denen eine breite und freie Wahlkampagne vorausgegangen ist. Wenn trotzdem diesmal die Zahl der in die Sowjets entsandten Kommunisten zurückgegangen ist, so erklärt sich dies im allgemeinen aus zwei Ursachen. Die großzügige Wahlkampagne hat in den Landstädten und Dörfern neue, wenn auch werktätige, so doch nichtproletarische Elemente für die Wahlen mobil gemacht, während die Aufstellung der Kandidaten zu den Sowjets frei, ohne Druck des Sowjet- und Parteiapparates erfolgte. In der Folge ist zwar die Zahl der kommunistischen Sowjetvertreter in Dörfern und Landstädten unbedeutend gesunken, dafür aber eignet den erwählten Kommunisten eine größere Autorität, denn in Wahrheit und Tat hat das Vertrauen der Wähler sie in die Sowjets delegiert. Mit größerem Nachdruck und Erfolg als aufgezogene Vertreter werden sie daher auch die Aufgabe verwirklichen, als aktive Träger der proletarischen Staatsgewalt die Idee des Sozialismus zu verbreiten, indem sie die Verwaltung mit kommunistischem Geist erfüllen.

Weder von einer Sowjetverdrossenheit der Proletarier noch von gemindertem Interesse an der Gestaltung des politischen Lebens kann auch nur die Rede sein. Die Arbeiter sind nach wie vor die aktivsten politischen Elemente. Ueber diese Tatsache kann und darf es nicht täuschen, daß der Zuwachs der Wahlbeteiligung der Proletarier relativ schwächer war als die Zunahme der Ausnutzung des Wahlrechts durch nicht-proletarische Schichten. Eine leicht erklärliche Erscheinung. Die Wahlbeteiligung dieser Schichten war bei den früheren Sowjetwahlen ganz geringfügig. Sie ist infolge der erweiterten Wahlrechte und der letzten Wahlkampagne gewachsen. Da die Ausgangszahlen des Vergleichs der Wahlkampagne bei diesen Schichten sehr niedrige waren, so mußte sich jetzt eine starke relative Steigerung ergeben. Das kann jeder nachprüfen, ohne ein Rechenkünstler zu sein. Von Einfluß darauf, daß die Arbeiter nicht eine noch stärkere politische Aktivität entfaltet haben, war auch die erhebliche Zahl der in die Industrie eingeströmten Proletarier vom Lande, die zum Teil zwar schon gewerkschaftlich organisiert, allein politisch noch gänzlich unaufgeklärt sind. Und für die ungenügende Ausnutzung des Wahlrechts durch die Dorfarmut ist sicherlich Analphabetentum, politische Unwissenheit und kulturelle Rückständigkeit ebenso ausschlaggebend gewesen wie die „Terrorisierung durch die Dorfbourgeoisie“.

Die Mehrheit der WKP hat in Gemeinschaft mit der oppositionellen Minderheit auf dem Plenum des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission die Ergebnisse der heutigen Sowjetwahlen überprüft und nach ihren Ursachen sowie nach den zu ziehenden praktischen Nutz-

anwendungen geforscht. Mit „bolschewistischer“ Gewissenhaftigkeit und Rücksichtslosigkeit. Das Resultat liegt in der Resolution vor, die dazu vom Plenum angenommen worden ist. Sie weist eindringlich auf die wachsende Wahlbeteiligung und politische Betätigung der gewerkschaftlich und politisch unorganisierten Proletarier und der werktätigen kleinbürgerlichen Schichten hin und betont in Verbindung mit dieser Erscheinung die Notwendigkeit, die aufklärende, bildende und organisierende politische Arbeit zu steigern. Die Resolution verschweigt nicht, daß die Arbeiterorganisationen aller Art — Gewerkschaften und Genossenschaften, Bildungs- und Jugendorganisationen, Delegiertenversammlungen der Proletarierinnen und Bäuerinnen, ja sogar Parteiorganisationen — bei den letzten Sowjetwahlen manchmal nicht genügend oder auch in unrichtiger Weise tätig gewesen sind. Die Resolution spricht es auch offen aus, daß manche Behörden in der Auslegung der neuen Wahlrechtsvorschriften zu weit gegangen sind und das Wahlrecht auf Personen ausgedehnt haben, deren Beteiligung an den Wahlen mit dem Wesen der Sowjetverfassung unvereinbar ist.

Das „Memorandum“ geht nichtachtend an der Stellungnahme des Plenums zu dem Ergebnis der Sowjetwahlen vorüber. Die Resolution des Plenums ist in der gesamten kommunistischen Parteipresse veröffentlicht worden. Gehört sie vielleicht trotzdem für die Verfasser des „Memorandums“ zu dem unerreichbaren Material? Oder kann sie es an Bedeutung nicht mit einigen der Zitate aufnehmen, die als „wichtige Dokumente“ aus der „Jugend-Prawda“ und anderen Veröffentlichungen ausgezogen worden sind? Es ist „System“ in dieser Art der Behandlung der politischen Differenzen in der WKP. Daher läuft der Linie des „Memorandums“ auch die Feststellung zuwider, daß die Mehrheit mit größerer Energie und Sachlichkeit als die Opposition den Bürokratismus und auf allen Gebieten sowjetistischer Arbeit bekämpft. Allerdings ohne die Inkonsequenz der Opposition, die zwar dem Bürokratismus unerbittliche Fehde schwört, jedoch in dem gleichen Atem für Preissteigerung schwärmt, die Rationalisierung der Betriebe und die von der Mehrheit durchgeführte Heranziehung breiter werktätiger Massen zu den Sowjets zugleich mit der Festigung der proletarischen Führung verpönt wissen will. Die Durchsetzung des oppositionellen Standpunktes in dieser Frage würde nur die Position des Bürokratismus stärken. Die ultralinke Broschüre hat ebenfalls kein Wort dafür, daß die Genossen Stalin und Bucharin mit noch größerem Nachdruck als die Genossen Sinowjew und Kamenew für alle Maßregeln zugunsten der Interessen der Dorfarmut eintreten und bestrebt sind, die Entwicklung der Landwirtschaft in der Richtung zum Sozialismus voranzutreiben.

Die Verfasser des „Memorandums“ sind gut kirchengläubig. Es gilt für sie: „Roma locuta est“, Rom hat gesprochen, die russische Opposition hat gesprochen, ihre Sprüche bedürfen keiner Begründung und sie enthalten unumstößliche Wahrheiten, die anzuzweifeln oder gar zu bekämpfen unverzeihliche Ketzerei ist. Solche unumstößliche Wahrheiten sind die angeblichen „Erfahrungen“ über die verhängnisvollen Auswirkungen der kulakenfrommen Konzessionspolitik der „Stalin-Mehrheit“. In Widerspruch zu dem „Memorandum“ erhärten Zahlen, daß die Steuererleichterungen nicht den „fetten“ Bauern zugute gekommen sind — denn ihre Besteuerung wurde verschärft —, sondern den unteren, den breiten Schichten im Dorfe. Ueßer

die Wirkungen der Legalisierung der Pachtung von Land und der landwirtschaftlichen Lohnarbeit können überhaupt noch keine abschließenden Erfahrungen vorliegen, weil diese Neuerung noch zu jungen Datums ist und die statistischen Unterlagen mangelhaft sind.

Der Ausgangspunkt dieser Maßnahmen ist die Tatsache — selbst die schönsten oppositionellen und ultralinken Redensarten können sie nicht aus der Welt schaffen —, daß der Sowjetstaat heute nicht in der Lage ist, um allen Dorfarmen die Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen, die erforderlich sind zur Bewirtschaftung ihres Nutzungsanteils an dem nationalisierten Grund und Boden. Die Folge ist wirtschaftliche Abhängigkeit der meisten Dorfarmen von den begüterten Bauern, die ihnen Pferd, Arbeitsgeräte, Sämereien und anderes leihen oder die auch das Land der Armen bestellen, natürlich gegen Zins oder Arbeitsleistung in der Wirtschaft des Kulaken bzw. Anteil am Bodenertrag. Pacht und Lohnarbeit bestehen in Wirklichkeit fort als Ausnutzungsmacht des wohlhabenden Bauern über Grund und Boden und fremde Arbeitskraft. Doch zur Zeit, als Verwendung von Lohnarbeit sowie Bodenpacht gesetzlich untersagt war, hielt sich der Kulak für das „Gefahrenrisiko“ des gesetzwidrigen Verhältnisses von vornherein dadurch schadlos, daß er für seine „Hilfe“ den armen Muschik doppelt und dreifach auspreßte. Die Legalisierung der Pachtung und Lohnarbeit eröffnet sicherlich Möglichkeiten, dank deren die Kulaken reicher werden können. Gleichzeitig schafft sie jedoch Voraussetzungen, daß die Armen im Dorfe günstigere Verpachtung erkämpfen, oder als agrikole Lohnarbeiter sich gewerkschaftlich organisieren. Auf die eine und die andere Weise können sie erfolgreich gegen die Ausbeutung durch die Kulaken ankämpfen. Denn eins kommt bei der Beurteilung der Frage in Betracht. Die angeprangerten Neuerungen wirken sich nicht in der Luft einer bürgerlichen Revolution und eines Bourgeoisistaates aus, vielmehr im Verlauf einer proletarischen Revolution und in einem Staate der proletarischen Diktatur. Das bedeutet einerseits eine Garantie für wirtschaftliche und politische Maßnahmen der Sowjets zum Schutze der Besitzlosen und Wenigbegüterten im Dorfe, kraftvolle Unterstützung zur Entfaltung ihrer Wirtschaft, andererseits — eine Garantie rücksichtsloser Unterdrückung von kulakischen Wucherpraktiken.

Sich um die Klarstellung des wahren Sachverhalts auch nur zu kümmern, das läßt freilich der demagogische Charakter und Zweck des „Memorandums“ nicht zu. Dafür schwelgt dieses in dem leichten Vergnügen, Bucharins ungeschicktes Wort an die Bauern — „Bereichert Euch!“ — unter das Guillotinebeil der ultralinken Kritik zu schleppen. Zwar hat Bucharin selbst mindestens schon viermal offiziell und in aller Form und mit größter Entschiedenheit diese von Gegnern und Feinden so üppig ausgeschlachtete Äußerung totgeschlagen. Denn Bucharin fiel es nicht im Traume ein, „die Klassen-Appetite der Klassenfeinde des Proletariats und der armen Bauern“ anzureizen und ihre Befriedigung fordern zu wollen. Sein Gedanke war, daß die Bauern mit persönlicher Interessiertheit — wie Lenin sich ausdrückte — die Hebung der Landwirtschaft in Angriff nehmen können und daß dies in dem weiten Agrarlande unter Führung durch das Proletariat und die Industrie eine unerläßliche Voraussetzung für die Umwälzung und den wirt-

schaftlichen Aufstieg der Gesellschaft zum Kommunismus ist. Zwar hat die „gefährliche Formulierung“ nicht einen Augenblick die Theorie und Praxis der WKP beeinflußt. Dennoch: „Der Jude“ — will sagen der „ultrarechte“ Bucharin — „muß verbrannt werden“.

\*

Ein ebenbürtiges Seitenstück zu der aufgezeigten Demagogie sind die Ausführungen, weshalb die Sowjetbetriebe nicht als „sozialistische“ angesprochen werden dürften. Was das „Memorandum“ von den „ganz und gar nicht idealen Zuständen“ in ihnen sagt, wiederholt nur, was die Kautsky, Wels und Crispian stets behauptet haben und was Frau Fischer neuerlich erzählt hat, um die Sowjetunion herunterzureißen. Es ist eine Unehrllichkeit ohnegleichen, über die „unbefriedigenden Löhne“ zu seufzen, jedoch keine armselige Silbe für die hohen, zum großen Teil beispielgebenden sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse in der Sowjetunion zu finden: für die Arbeitsgesetzgebung und die soziale Versicherung und Fürsorge, Vorrechte und Erleichterungen betreffend die Wohnung, die Steuerleistungen, die Pflege, Erziehung und Ausbildung der Kinder, die allgemeinen Kulturmöglichkeiten. Es ist eine Unehrllichkeit oder zumindest eine fahrlässige Kurzsichtigkeit, die materielle Lage der Arbeiter nicht an jener der Vorrevolutionszeit zu messen und nicht die allgemeine große Linie der Entwicklung darin im Auge zu behalten, sondern vorübergehende Schwankungen, Abweichungen, die sich aus bestimmten zeitweiligen Erscheinungen erklären. Es ist unzulässig, das stete Steigen der Löhne, insbesondere die von der speziell eingesetzten Regierungskommission in Aussicht genommene Erhöhung zu verschweigen.

Die Frage, ob die Sowjetbetriebe „sozialistische“ genannt werden oder Betriebe von „konsequent sozialistischem Typus“, ist dem Sinn wie der Wirkung nach gehüpft wie gesprungen. Ein „k o n s e q u e n t“ sozialistischer Typus“, der nicht „sozialistisch“ ist, das ist ein Unding, um nicht zu sagen Unsinn. Die Sowjetunternehmungen tragen die nur allmählich verschwindenden Muttermale des geschichtlichen Umkreises, in dem sie sich entwickeln. Selbst die angeblich „übereifrigen“ Schüler Bucharins kennzeichnen sie nur als ersten, aber entscheidenden Schritt auf dem Wege zum vollen Kommunismus. Jedoch selbst der ultralinkste Führer in Deutschland darf, ohne vor der russischen Opposition zerknirscht zu erröten, die Sowjetunternehmungen kurzerhand „sozialistische“ Betriebe nennen.

Indem das „Memorandum“ denunzierend mit dem Finger auf die „unbefriedigenden Löhne“ und die „Rationalisierungsmethoden“ in den Sowjetbetrieben zeigt, enthüllt es nur die phänomenale Wirrköpfigkeit seiner Verfasser. In der Tat! Was macht das Wesen des Sozialismus aus? Daß die Produktionsmittel der Kommandogewalt und der Nutznießung der bis dahin besitzenden und herrschenden Klassen entzogen, vergesellschaftet werden und daß damit das historisch gegebene Verhältnis zwischen den beiden Klassen der Ausbeutenden und Ausgebeuteten aufgehoben wird.

Der Sowjetstaat hat bewiesen, daß er seinem geschichtlichen Wesen nach in Wahrheit und Tat ein Proletarierstaat ist, denn er hat die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln von Grund aus umgestürzt. Die Charakter und Entwicklung der Wirtschaft bestimmenden Produktions-

mittel sind in der Sowjetunion Eigentum des Staates, und zwar des Staates der proletarischen Diktatur. In den nationalisierten Sowjetbetrieben ist das Verhältnis zwischen Ausbeutenden und Ausgebeuteten aufgehoben. Hier stehen nicht Lohnsklaven dem kapitalistischen „Herrn im Hause“ der Wirtschaft und des Staates gegenüber: freie Arbeiter schaffen im Rahmen der Gesamtwirtschaft unter den Bedingungen, die die wirtschaftlichen und politischen Vertreter ihrer Klasse festgesetzt haben, und unter der Kontrolle der Organe ihrer Klasse. Weil diese erste und entscheidende Voraussetzung der sozialistischen Umwälzung in den Sowjetbetrieben erfüllt ist, so dürfen sie mit Fug und Recht als „sozialistische“ bezeichnet werden. Auch dann, wenn die Produktions- und Arbeitsbedingungen in ihnen noch viel zu wünschen übrig lassen. Denn sie werden nicht mehr von der Rücksicht auf den kapitalistischen Profit diktiert, gestaltendes Prinzip ist die Sicherung des höchstmöglichen materiellen und kulturellen Lebensniveaus für alle. In der Übergangsperiode zum Sozialismus begreift das in sich die Rücksicht auf die Behauptung und Befestigung der proletarischen Diktatur. Selbstverständlich ist die durchgreifende, stete Hebung der Lage der Arbeiter von größter Bedeutsamkeit im ganzen Zusammenhang dieses Befestigungsprozesses.

Wären die im „Memorandum“ angegebenen Kriterien maßgebend — „befriedigende Löhne“, „gleicher Schritt in der Verbesserung der äußeren Lebenslage der Arbeiterklasse mit jener der neuen Bourgeoisie“ —, so würden die Vereinigten Staaten von Amerika in der Annäherung an den „konsequent sozialistischen Typus“ am weitesten fortgeschritten sein. Dort schafft zwar nicht die Gesamtheit der Arbeiter, aber immerhin ein beträchtlicher Teil ihrer Spitzen in musterhaft eingerichteten Betrieben bei hohen Löhnen, die den Besitz eines Autos und eines Eigenheims ermöglichen, das Verleben des „Wochendes im Grünen“ und weitere Annehmlichkeiten bourgeoisier Lebensführung. Es fehlt nicht an Bürgerlichen und Reformisten, die deshalb die Vereinigten Staaten als Zukunftsideal der Sowjetunion entgegenstellen.

Nur Wolkenkuckucksheimer können predigen, daß das Eintreten der Weltrevolution unter allen Umständen und mit einem Schläge Akkordarbeit, Aufhebung der Ueberstundenarbeit und anderes beseitigt. Umgekehrt. Es kann härtere Arbeitsbedingungen unabweisbar machen, jeden Muskel, jeden Nerv für die Produktion anspannen, so insbesondere in den Munitionsfabriken. Zeitweiliger Stillstand statt Fortschritt, vorübergehende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gehörte zu den „Kosten“ der Revolution, die das Proletariat zu tragen hat. Und was „Rationalisierungsmethoden“ anbelangt, so werden sie in jedem Lande nach der Revolution erst recht studiert und durchgeführt werden, um die Arbeit leichter, angenehmer und ertragreicher zu gestalten. Der Entzug des heißen Teewassers, wie es in zwei bis drei Sowjetbetrieben der Fall gewesen ist, und ähnliche Kümmerkernspaltereien gehören selbstverständlich nicht zur „Rationalisierung“, wie sie in der USSR durchgeführt wird, und entstellen den Kern der Sache. (Schluß folgt.)

JEAN CHAVAROCHE:

DIE STABILISIERUNG DES FRANKEN UND  
DIE WIRTSCHAFTLICHEN PERSPEKTIVEN

Am 21. Juli wurde die französische Kammer von einer großen Volksmenge umlagert unter den Rufen: „Nieder mit Herriot!“ „Auflösung, Auflösung!“ „Hoch Poincaré!“

Am Tage nach dieser Kundgebung erhob der „Temps“ ein Freudengeschrei und pries die „starke Faust“, als das „einzige Mittel“, dessen sich die Bourgeoisie bedienen könnte, um die ihr unbequemen Ministerien und Parlamente zum Teufel zu jagen, falls sie nicht freiwillig gehen.

Zu jener Zeit war der Frank, gemessen am englischen Pfund, auf 246 gesunken und der Volksmassen bemächtigte sich eine panische Aufregung, ganz zu schweigen von der Panik, die in den Reihen der direkt an den Staatspapieren Interessierten, der Inhaber von staatlichen Bons und Papiergeld, herrschte. Am 25. Juli kam das „Ministerium der sechs Präsidenten“ ans Ruder, mit Poincaré an der Spitze. Seitdem ist der Kurs des Franken um 70 gestiegen und zeigt, abgesehen von einigen verhältnismäßig unbedeutenden Schwankungen, eine Tendenz zu geringerer Nervosität, wenn nicht zur Stabilität. Das „Vertrauen“ der „Besitzenden“ scheint wieder zu erwachen.

Das Ministerium wird bereits als „Ministerium der Stabilisierung“ bezeichnet, und das ist richtig, insofern es tatsächlich eine Politik der Stabilisierung des Franken befolgt. Die heutige Regierung hat größere Aussichten, diese zu erreichen, als die vorhergehenden Blockregierungen, wenn diese vielleicht auch nicht minder aufrichtig darnach gestrebt haben. Denn die gegenwärtige Regierung hat die tatkräftige Unterstützung der Großbourgeoisie, während die Blockregierungen während ihrer ganzen Lebensdauer unter dem Terror der Bankiers standen und unter der drohenden Gefahr unerwarteter Massenforderungen auf Deckung der Staatsbons „regieren“ mußten. Die heutige Regierung, die nichts anderes ist als der Ausdruck des politischen Sieges des französischen Großkapitals über die Kleinbourgeoisie, kann aus diesem Grunde nur eine großkapitalistische Politik treiben. Dadurch wird der Charakter der von ihr angestrebten Stabilisierung der Valuta bestimmt. Die Notwendigkeit der Stabilisierung braucht nicht mehr erörtert zu werden: bereits seit langem ist die Inflation nicht nur einigen für die Ausfuhr arbeitenden Industriezweigen lästig, ist sie nicht nur die Quelle häufiger Beunruhigung des Geschäftsganges, infolge der grollenden Unzufriedenheit der geschädigten Volksmassen ist sie auch zu einer Gefahr für die gesamte bürgerliche Ordnung herangewachsen. Ganz zu schweigen von dem durch die ausländischen Kreditoren ausgeübten Druck. Die heutige Regierung verfügt durchaus nicht über irgendwelche magische Kräfte, und der von uns erwähnte höhere Stand des Franken ist nicht als etwas Definitives zu betrachten. Ein erneutes Sinken des Kurses ist durchaus nicht aus-

geschlossen, denn die Gesamtheit der bisher in Aussicht genommenen Maßnahmen erstreckt sich nicht auf die Gesamtheit der für eine dauernde Stabilisierung notwendigen materiellen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen. Die Inflationspraxis bleibt, obwohl sie erneut feierlich verurteilt wurde, noch auf einige Zeit hinaus das letzte Zufluchtsmittel gegen dringende finanzielle Schwierigkeiten. So wurde z. B. die „Banque de France“ (Französische Staatsbank) autorisiert, spezielle Scheine für Ankauf von Gold, ausländischen stabilen Fonds und Devisen herauszugeben. Und beantragen nicht auch die Finanzexperten, zur Deckung der im nächsten Jahr fälligen Zahlungen einen speziellen 3-Milliarden-Kredit in der „Banque de France“ zu eröffnen? Wird nicht auch eine für die Bedürfnisse des Handels reservierte spezielle Inflation vorgeschlagen? Endlich die steigende Teuerung, der Aufkauf ausländischer Devisen durch Private, der akute Mangel an Umsatzkapital usw. — alles das kann zu einer Verletzung der gegebenen feierlichen Versprechung und zu neuen Papiergeld-Emissionen führen. Um so mehr, als die famose „Manövermasse“, die Dollars der letzten Morgan-Anleihe, längst ausgegeben sind, verschlungen von den laufenden Bedürfnissen der Schatzkammer.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß die ausländischen Gläubiger, laut offiziellen Mitteilungen, über 15 Millionen französischen Papiergeldes in den Händen haben.

Ferner ist es möglich, daß die französische Regierung sich der Inflation bedienen wird, als eines Mittels diplomatischer Drohung und eines gewissen Drucks auf die Vereinigten Staaten und England, die wichtigsten Gläubiger Frankreichs.

Dies alles liegt im Bereich der Möglichkeit, jedoch, wie bereits gesagt, ist die französische Bourgeoisie und ihre Regierung im ureigensten Interesse, unter der Gefahr schwerer Komplikation genötigt, eine Stabilisierungspolitik zu betreiben. Somit müssen wir bei unserer Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage die Dinge von diesem Standpunkt aus, d. h. vom Standpunkt der kommenden Stabilisierung des Franken, betrachten.

Ehe wir uns jedoch auf die nähere Betrachtung der verschiedenen durchgeführten oder nur geplanten Stabilisierungsreformen einlassen, ehe wir die privaten Interessen, deren Schutz von diesen Reformen bezweckt wird, sowie die Konfliktmöglichkeiten zwischen einzelnen Gruppen und die allgemeinen Voraussetzungen und Folgen der Stabilisierung betrachten, müssen wir einen Blick auf die Vorgänge in einzelnen Industriezweigen werfen. Vielleicht wird sich dort manches zeigen, was uns besser als abstrakte Erwägungen über die Geburtswehen der Stabilisierung sowie über die wichtigsten Charakterzüge der ihr unvermeidlich folgenden Krise aufklären kann.

#### Die Lage der Industrie und die Stellungnahme der Unternehmer am Vorabend der Stabilisierung

Alles ist sich einig darüber, daß die Stabilisierung des Franken eine mehr oder minder tiefgehende, eine mehr oder minder dauernde wirtschaftliche Krise zur Folge haben wird.

Erscheinungen, wie die Produktionseinschränkungen, die Bankrotte und die Arbeitslosigkeit, die Verschiebung der Vermögen, die beschleunigte Kon-

zentration der Industrie und die Zentralisation des Kapitals, die steigende Abhängigkeit vom ausländischen Kapital (den ausländischen Gläubigern) sind kein Geheimnis mehr. Die großkapitalistischen Gruppen beeilen sich, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um aus dieser Krise möglichst wenig geschädigt hervorzugehen. Jedoch ist dies nicht allen möglich.

Die Eisenindustrien (Gußeisen, Stahl, Eisenbarren, Eisenbahnschienen usw.) sind in einer privilegierten Stellung. Ihre Rohstoffversorgung vollzieht sich verhältnismäßig leicht und zu niedrigen Preisen. Ihre Abnehmer sind in Frankreich der Staat, die Eisenbahnverwaltungen, die großen metallverarbeitenden Betriebe. Die äußeren Absatzmärkte werden wohl nicht allzu merklich und nicht zu rasch einschrumpfen. Uebrigens sind diese Industrien bereits dabei, Vorsichtsmaßregeln in bezug auf die internationale Konkurrenz zu ergreifen oder haben sie zum Teil ergriffen, indem sie sich internationalen Trusts angeschlossen haben. Sie sind straff zentralisiert. Jedoch hat sich die Produktionskapazität in bezug auf Gußeisen fast verdoppelt, während die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes nur wenig gestiegen ist. Schwieriger ist die Lage der eisenverarbeitenden Industrien, speziell der Maschinenbauindustrie. Mit Ausnahme der Automobilindustrie, der Flugzeugherstellung und Feinmechanik scheinen die übrigen mechanischen Industriezweige (Werkzeuge, landwirtschaftliche Maschinen, Dynamos, Schiffsbau usw.) nicht in der Lage zu sein, mit ähnlichen ausländischen Industriezweigen zu konkurrieren. Diese Industrien sind auch vielfach vom Auslande abhängig, indem sie von dort Kupfer, Blei, Zink, Kohle, Oel, Petroleum, ätherische Oele und Essenzen usw. beziehen. Andererseits sind sie von den Preisen der Metallindustrie abhängig, und haben sowohl auf dem inneren Markt wie auf dem Weltmarkt die größte Schwierigkeit. In der Frage der Rohstoffpreise, der Zollpolitik und des Bankkredits hat die Roheisenindustrie die führende Stellung, und sie sind dieser auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Die Produktionsfähigkeit der chemischen und der Textilindustrie ist ebenfalls gestiegen, während eine entsprechende Erweiterung der Absatzmärkte nicht stattgefunden hat. Mit wenigen Ausnahmen hat die Mehrzahl der französischen Industrien bisher mit voller Belastung gearbeitet, heute aber machen sich Schwierigkeiten bemerkbar. Seit Anfang September wird eine Verlangsamung der Tätigkeit der Betriebe signalisiert. Jedoch klagen diese Industriezweige vor allem über Mangel an Geld und Umsatzkapital sowie über die Einschränkung der Kredite.

Die französische wirtschaftliche Presse ist voller Klagen dieser Art. Die Unternehmer suchen sich Kredit im Ausland, sie behaupten, ohne diese Kredite nicht auskommen zu können. Je dringender aber ihr Bedürfnis, um so mehr entrüsten sie sich über die ihnen von den ausländischen Banken gestellten Bedingungen. Die Eisenbahnen waren genötigt, in der Schweiz eine Anleihe von 60 Millionen schweiz. Franken und in Holland eine solche von 30 Millionen Gulden aufzunehmen. Andere große Gesellschaften rüsten sich, es ihnen gleichzutun. Man versucht, das System der Vorzugsaktien in Anwendung zu bringen. So hat zum Beispiel die Generalversammlung der Kuhlmann-Betriebe (Chemisches Konsortium) am 8. September eine Kapitalserhöhung der Gesellschaft (190 Millionen) votiert, indem die Emission

von 100 000 namentlichen Vorzugsaktien (je 10 Stimmen) beschlossen wurde.

Zwei große französische Gesellschaften für Rohmetallgewinnung, Penarroya (Blei) und Péchiney (Aluminium), schreiten ebenfalls zur Herausgabe von Vorzugsaktien, die „vertrauenswürdigen“, von dem Verwaltungsrat ausgesuchten Franzosen vorbehalten sind. Uebrigens liegt dem Senat ein Entwurf von François Marsal über die Legalisierung dieses Systems der Vorzugsaktien vor.

Was war eigentlich der Ursprung der Kampagne gegen die Ratifizierung des Abkommens Mellon-Beranger, warum ist die Initiative dazu von der Großindustrie ausgegangen? Francis Delaisi hat uns die geheimen Hintergründe dieser Kampagne entdeckt. Die amerikanischen Bankiers haben sich bereit erklärt, dem französischen Staat nach der Ratifizierung des Abkommens Mellon-Beranger Kredite oder Anleihen zu gewähren, jedoch unter Bedingung der ausschließlichen Verwendung dieser Kredite für Stabilisierungszwecke. Was aber die Kreditgewährung an die (bereits als Konkurrent in Frage kommende) französische Industrie anbetrifft, so waren die amerikanischen Bankiers geneigt, die Unterbringung von Aktien oder Obligationen auf amerikanischen oder anderen Börsen zu unterstützen, erhoben jedoch dafür Anspruch auf einen Teil der Gewinne der betr. französischen Gesellschaften und womöglich auf Beteiligung an ihren Verwaltungsräten. Wohl könnten die französischen Industriellen, wie Kuhlmann, Vorzugsaktien herausgeben, um aber nicht einen Teil ihrer Gewinne zu verlieren, ziehen sie vom Staat vermittelte Kredite vor.

Die Finanzen des französischen Staates haben, wie es scheint, noch keinerlei Besserung erfahren. Erst vor kurzem hat Tardieu, Minister der öffentlichen Arbeiten, wörtlich erklärt:

„Es sei als vierter Erfolg zu bezeichnen, daß wir im Laufe von sechs Wochen genug Devisen haben kaufen können, um unsere ausländischen Verpflichtungen bis zum November zu decken.“

Folglich fühlt sich der Staat nur bis November einigermaßen beruhigt. Doch die äußeren Verpflichtungen kommen eigentlich erst nach November. Bis zum März 1927 müssen mehrere Milliarden ausfindig gemacht werden. Die Erneuerung der Bons kann wieder ins Stocken kommen und die Forderungen ihrer Deckung können wieder anwachsen. Diese Situation kann durch Mißernte eine weitere Verschärfung erfahren, da Frankreich genötigt sein wird, rund 15 Millionen Zentner (manche Quellen stellen selbst 20 Millionen in Aussicht) ausländischen Getreides zu importieren. Gleichzeitig sehen wir ein ununterbrochenes Wachstum der Teuerung, die sämtlichen Beschränkungsmaßnahmen der Regierung, allen Maßnahmen zur Normalisierung der Preise standhält. Wir dürfen uns darüber nicht wundern: während die Regierung erklärt, sich zur „Bekämpfung der Krämer auf die Großkaufleute“ stützen zu wollen (was für ein Einfall), setzen die Eisenbahnen ihre Tarife um 28 und 30 Prozent herauf, und der Steuereinnahmer erscheint jeden Tag, um neue Steuern zu verlangen.

Die „Amortisationskasse“ der Bons, die durch die Einnahmen des Tabakmonopols garantiert ist, hat beschlossen, eine erste Anleihe in Höhe von drei Mill. Franken aufzunehmen.

Die Kampagne der Unternehmer gegen den Achtstundentag (der heute nur noch selten anzutreffen ist) und gegen jeden Gedanken einer Lohn-erhöhung nimmt an Intensität und Ausdehnung zu. In mehreren Betrieben des Pariser Bezirks wurden bereits geeignete Maßnahmen beschlossen, um sich die als unvermeidlich erachtete Arbeitslosigkeit zunutze zu machen, zu einer Auslese unter den Arbeitern und Beibehaltung nur derer, die ihnen passen.

„Es wird eine in sozialer Hinsicht schwierige Zeit kommen“, schreiben die Blätter und fügen hinzu, daß die Beamten und Arbeiter die „nationale Notwendigkeit“ der von ihnen verlangten Opfer begreifen müssen.

Wir resümieren: verlangsamter Geschäftsgang einzelner Industriezweige, Mangel an Umsatzkapital, Steigerung des Diskontosatzes von 6 auf 7½ Proz. (somit Krediteinschränkungspolitik), passive Handelsbilanz für die ersten sieben Monate (2½ Milliarden), zunehmende Teuerung und gleichzeitig keine Abnahme, sondern eher Zunahme der laufenden Staatsschulden, — dies sind die grundlegenden Tatsachen, die das wirtschaftliche Leben Frankreichs bestimmen.

Andererseits sehen wir eine Kampagne gegen den Achtstundentag und für „soziale Opfer“, sowie nationalen und internationalen Zusammenschluß des Kapitals. Die energischste Kampagne ist die für die Verpachtung der staatlichen Monopole, für die Einschränkung der kommunalen Fonds, für die Abtretung der staatlichen Eisenbahnen an private Gesellschaften. In manchen Kreisen spricht man von den Vorteilen, die der Verkauf oder die Verpachtung einzelner Kolonien an Amerika oder selbst Deutschland mit sich bringen würde.

Die Rivalität oder die Gegensätze zwischen einzelnen Gruppen kapitalistischer Interessenten in der Stabilisierungsfrage treten in der Form verschiedener Stabilisierungspläne auf. Die für die Ausfuhr arbeitenden Industrien sind einer „legalen Stabilisierung“, d. h. einer obligatorischen und aufgezwungenen Stabilisierung, feindlich gesinnt; sie möchten eine solche, die sich „normal“, durch einfaches Spiel der wirtschaftlichen Kräfte vollzieht. Die Vertreter der landwirtschaftlichen Kreise dagegen scheinen auf Seiten der „legalen Stabilisierung“ zu stehen. Die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten sowie überhaupt die kleinen Inhaber von Werten und Papieregeld möchten am liebsten eine volle Werterstattung.

Die mit der Stabilisierung unvermeidlich einsetzende wirtschaftliche und soziale Krise wird die finanzielle Situation des Staates noch verschärfen. Sie wird zu einer neuen Verschiebung der Vermögen und des Kapitals beitragen und auch eine politische Verschiebung der Parteien und Gruppen zur Folge haben, weil durch sie neue Verhältnisse der Klassenkräfte geschaffen werden. Dies wird nicht ohne ernste und hartnäckige Kämpfe abgehen. Das Beispiel Deutschlands und Englands — um uns nur auf diese beiden Länder zu beschränken —, ist äußerst lehrreich. Die Arbeiterklasse ist in ihrer materiellen Lebenslage und in ihren politischen Eroberungen offen bedroht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Ereignisse selbst der Poincaré-Regierung, dieser Sammlung reaktionärster und brutalster Elemente, über den Kopf wachsen werden. Nachdem das Großkapital die Koalitionsregierung für die Stabilisierung des Franken auf Kosten der breiten Volksmassen ausgenützt hat, wird es bestrebt sein, die Blockmitglieder, die Herriot und Ge-

nossen, loszuwerden. Poincaré hat ja, kurz ehe er zum heutigen Ministerpräsidenten heraufgerückt ist, der Notwendigkeit einer Vereinfachung, einer Reorganisation der Kammer und ihrer Arbeiten das Wort geredet.

Angesichts solcher Perspektiven sowie der Gefahr eines neuen Krieges, eines ganz anderen, wie der von Marokko und Syrien gewesen ist, wird unsere französische Bruderpartei den vor ihr stehenden Aufgaben gerecht werden. Sie wird es nicht versäumen, heute schon eine von diesen Perspektiven ausgehende politische Linie und entsprechende, den Massen verständliche Losungen auszuarbeiten.

E. M. :

## DIE UNGARISCHEN GRAFEN UND DIE II. INTERNATIONALE

In Budapest ist wieder einmal die wirtschaftliche Annäherung an Sowjetrußland auf der Tagesordnung. Ob es auch diesmal nur ein Manöver Bethlens ist oder nicht, ist eine andere Frage. Aber man spricht, schreibt, debattiert darüber, man sucht Argumente pro und kontra und findet als Kontraargument u. a. die II. Internationale.

Es fanden sich zwei Grafen (Hadik und Apponyi), die ihre „wichtigsten“ antisowjetistischen Argumente dem Züricher Arsenal der Otto Bauer, Vandervelde, Jouhaux entnehmen. Sie rüsten sich mit waschechten Züricher Beschlüssen der II. Internationale gegen die III. Internationale aus und stützen sich im Kampf gegen die Sowjetunion auf den ideologischen Stützpunkt der II. Internationale.

Graf Hadik, Großgrundbesitzer, ein Repräsentant der ungarischen Feudalaristokratie, sagt im „Pester Lloyd“:

„Jeder Schritt, den wir in Ungarn in der Richtung nach der III. Internationale hin unternehmen, wird im Gegensatz zu dem großen Interesse stehen, das darin liegt, ehestens den vollen Erfolg des durch die II. Internationale eingeleiteten Klärungsprozesses erzielen zu können. Jeder derartige Schritt würde auch störend auf den im Gang befindlichen Prozeß einwirken, der sich darauf richtet, die heimische sozialdemokratische Arbeiterschaft mit dem Geiste der Züricher Beschlüsse aufrichtig zu erfüllen, wonach sie keine Gemeinschaft mit dem Bolschewismus hat. Diejenigen, von denen die Arbeiterschaft auf diesem Wege vorwärts geführt wird, dienen dem sozialen und wohlwogenen Interesse des Staates.“

Was der Graf unter dem „durch die II. Internationale eingeleiteten Klärungsprozeß in Sowjetrußland“ versteht, ist klar. Die II. Internationale agitiert, wühlt, fraktioniert in Sowjetrußland und damit solidarisiert sich der Herr Graf. Er möchte auch der heimischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft (gemeint sind die mit Horthy-Bethlen verbündeten SD-Führer) nicht schaden. Er fürchtet, ihr Geist könnte durch eine Gemeinschaft mit dem Bolschewismus gefährdet werden.

Graf Apponyi, der geise politische Schwertschlucker, Großgrundbesitzer und ebenfalls Feudalaristokrat, schließt sich seinem Klassengenossen an. Er erklärt („Pester Lloyd“, 9. August 1926):

„Ich will heute noch kein definitives Urteil über die sogenannte „russische Orientierung“ abgeben... Weiter muß man dem Bedenken des Grafen Hadik beipflichten, daß es kaum rationell sei, mit dem heutigen Regime eine Verbindung anzuknüpfen. Mag Ungarns Einfluß auf die Weltpolitik auch nur gering sein, es wäre jedenfalls nicht opportun, durch eine Verbindung mit Sowjetrußland die III. Internationale, also die derzeitige russische Regierung, auf Kosten der gemäßigten Elemente der Arbeiterschaft zu stärken.“

Graf Hadik ergreift noch einmal das Wort und erklärt im „Pester Lloyd“ (11. September 1926):

„Was nun die Beurteilung der außenpolitischen Bedeutung des Gegensatzes zwischen der II. und III. Internationale anbelangt, so habe ich darauf hingewiesen, daß die II. Internationale der Erwartung Ausdruck gibt, Rußland möge den Weg einer sich nach den Aufgaben des Völkerbundes orientierenden internationalen Politik betreten.

... Lediglich auf solche Weise und mit Beachtung dieses Moments wird meine Forderung verständlich, daß wir trachten müssen, Rußland gegenüber den wirklichen Sinn und die wirkliche Bedeutung des zwischen der II. und III. Internationale bestehenden Gegensatzes zu erkennen und zu bewerten...

Wäre die Züricher Resolution der II. Internationale zufällig in der Zeit des Buda-  
pester Regimes Bela Kuns verlautbart worden, so würde das zweifellos eine zerrüttende Wirkung auf die Räteherrschaft in Ungarn ausgeübt haben. Wer weiß, ob wir die Umwälzung im Jahre 1919 nicht ohne rumänische Besetzung hätten überstehen können, wenn die mit dem bolschewistischen System damals schon zum großen Teil unzufriedene ungarische Arbeiterschaft, gestützt auf das Verdikt der II. Internationale, mit den ungarischen Sowjetmachthabern ihre Abrechnung gepflogen hätte?“

Zwar begeht der edle Graf eine kolossale Dummheit mit dieser Rückwärtsprophezeiung, doch muß erinnert werden, daß die II. Internationale auch ohne den Züricher Beschluß militärisch-zerrüttend auf die ungarische Räte-republik gewirkt hat. Damals war Tusar, ein Sozialdemokrat, Außenminister der Tschechoslowakei; im jugoslawischen Kabinett saßen 4 Sozialdemokraten und im rumänischen 2. Die drei Staaten führten, wie bekannt, einen Krieg gegen Sowjetungarn.

Z. A.:

## DAS PLENUM DES ZK DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI LITAUENS

Anfang September hat das Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Litauens stattgefunden. Auf der Tagesordnung stand als einzige Frage das Thema: Die politische Lage und die Aufgaben der Partei.

Nach dem Mißerfolg der Klerikalen bei den Sejmwahlen im Mai wurde die neue Regierung aus Volksrechtlern und Sozialdemokraten gebildet. Noch vor den Wahlen zum Sejm, bereits seit dem Frühjahr 1925, hatte im ganzen Lande ein verschärfter Kampf gegen die Reaktion und die Herrschaft der Klerikalen eingesetzt. Die Klerikalen ihrerseits hatten sich, für den Fall ihrer Niederlage bei den Wahlen, auf den faschistischen Staatsstreich vorbereitet. Die Vorbereitungs Schritte für den Staatsstreich waren bereits unternommen und der Diktator bestimmt worden. Aber die schwere Niederlage bei den Wahlen, sowie die ungünstige äußere und innere Lage, hinderten die

Ausführung der Pläne der Klerikalen. Namentlich beigetragen hat hierzu die Erbitterung, die die Klerikalen im vergangenen Jahr durch ihre brutale Herrschaft ganz besonders gesteigert haben.

Das ganze Land machte einen starken Ruck nach links. Mit der Beseitigung der Klerikalen aus der Regierung hat alles im Lande frei aufzuatmen begonnen. Die Arbeiter begannen offene Versammlungen abzuhalten, was sie seit langem nicht mehr tun konnten. Sogar Demonstrationen setzten ein und die Arbeiter zeigten sich auf den Straßen. Den Anstoß zu den Demonstrationen gab die Freisprechung der wegen der Sejm-vorfälle angeklagten Sejmabgeordneten (die Arbeiterabgeordneten und Kandidaten der Arbeiterwahllisten). Aus Anlaß dieser Demonstrationen hat unsere Partei einige Fehler begangen. Die Kownoer Organisation marschierte hinter den Massen drein und ließ sich von diesen schleppen, während es das ZK nicht verstand, rechtzeitig entsprechende Anweisungen zu erteilen. Vielen schien es, als wäre für Litauen die litauische „Kerenskiade“ gekommen, um so mehr, als auch die bürgerlichen Zeitungen von einer „Kerenskiade“ schrieben und die Dinge so darstellten, „daß jetzt alles möglich wäre“ und daß die Bewegung eine Wendung genommen habe, die auf den Sturz der Regierung der Sozialdemokraten und Volksrechtler hinarbeite, was unter den gegebenen Verhältnissen selbstverständlich nur Wasser auf die Mühlen der Klerikalen gewesen wäre.

Infolge der begangenen Fehler erfuhr die Reaktion eine Verstärkung. Die Partei verstand es nicht, rechtzeitig einen kleinen Rückzug anzutreten, um ihre Kräfte erneut zu sammeln, sich durch eine Neuorganisierung zu kräftigen und den Kampf fortzusetzen. Der führende Kern des ZK sah seine Fehler aber alsbald ein und begann sie zu verbessern. Ein Teil des ZK aber sah die begangenen Fehler nicht ein und ein Mitglied des ZK begann diese Fehler theoretisch zu rechtfertigen und zu begründen. Andererseits stellte dasselbe ZK-Mitglied die Frage der (bedingten) Unterstützung der Regierung der Sozialdemokraten und Volksrechtler, zusammen mit der Frage der Legalisierung der Arbeiter- und Bauernräte unter der Bezeichnung „Arbeiter- und Bauernkomitee“. Im ZK der Partei bestanden Differenzen auch in anderen Fragen, so zum Beispiel im Zusammenhang mit den früheren Sejm-wahlen, in bezug auf die Richtung des Kampfes gegen die verschiedenen Abweichungen (die Rechten und Ultralinken) usw.

Das Plenum des ZK mußte weiter die vor der Partei stehenden grundlegenden Fragen beantworten. Das Plenum verwies auf verschiedene Abweichungen in der Partei und auch im ZK und verurteilte diese Abweichungen. Dabei gliederte das Plenum diese Abweichungen und Fehler in rechte und ultralinke. Zu den rechten Fehlern zählte das Plenum: die aus Anlaß der Demonstration vom 13. Juni begangenen Fehler, die mit dem Wachstum der demokratischen Illusionen zusammenhingen (aus dem gleichen Anlaß zeigten sich auch ultralinke Abweichungen); weiter zählte das Plenum zu diesen Fehlern den Antrag einiger Genossen, die Sozialdemokratie zum Eintritt in die Regierung aufzufordern, während die Sozialdemokratie in bezug auf ihren Eintritt schwankend war; schließlich den weiteren Antrag eines Mitgliedes des ZK, die Regierung der Volksrechtler und der Sozialdemokraten (bedingt) zu unterstützen; die Schwankungen im Kampf gegen die Sozialdemokratie überhaupt und das Fehlen einer

klaren Linie für den Kampf gegen die Sozialdemokratie in gewerkschaftlichen Fragen; die stellenweise Weigerung zur Uebernahme der Leitung von Streikbewegungen und die Ablehnung der illegalen Arbeit. Zu den ultralinken Fehlern gehören: das Bestreben zur Verschärfung des Kampfes gegen die neue Regierung, solange sich diese noch nicht gebildet hat und diese Verschärfung zu ihrem Sturz und zu einer Begünstigung der Klerikalen führen würde; die mangelnde Fähigkeit, rechtzeitig den Rückzug anzutreten; die Frage der Arbeiter- und Bauernkomitees als Synonym der Räte; der Boykott bei den Sejmwahlen.

Da die rechten Abweichungen erheblicher und tiefergehend sind und die Ablehnung der illegalen Arbeit seitens einiger Genossen besonders gefährlich ist, hat sich sowohl das Plenum als auch die Januarkonferenz dafür ausgesprochen, den Kampf gegen die verschiedenen Abweichungen, sowohl gegen die rechten als auch die ultralinken, in erster Reihe aber gegen die rechten zu führen. Das ist um so richtiger, als die Genossen mit ultralinken Abweichungen dennoch überwiegend rechts eingestellt waren und die ultralinken Genossen in der Regel zu den rechten übergehen. Aus den Anhängern der Boykottbewegung wurden deshalb sehr leicht Gegner der Aufstellung linker Listen bei den Sejmwahlen, wobei sie das damit begründeten, daß man sich mit der Abgabe der Stimme für die sozialdemokratischen Listen begnügen könne. Die Arbeiter- und Bauernkomitees (als Synonym der Räte) wurden aus Organen des Kampfes um die Arbeiter- und Bauernregierung in Organe verwandelt, die sich der bürgerlichen Gesellschaftsordnung anpaßten und die bedingte Unterstützung der Regierung der Volksrechtler (der litauischen Liberalen, die sich auf die städtische Bourgeoisie und die Bauernschaft stützten) und Sozialdemokraten mitmachten.

Abgesehen von den gefaßten allgemeinen Beschlüssen über die Taktik der Partei, die Arbeit in den Gewerkschaften, die leninistische Schulung der Parteimitglieder usw., hat das Plenum auch einige organisatorische Maßnahmen getroffen: die Neuwahl des Polbüros, des Sekretariats und der Redaktionskommission sowie die Veränderung der leitenden Zusammensetzung des Zentralorgans der Partei „Kommunistas“.

**PAVEL TKATSCHENKO - JASCHA**

Aufs neue fielen der rumänischen Geheimpolizei mehrere Führer der KP und der Unitaren Gewerkschaften in die Hände. Einige wollte man schon bei der Verhaftung umbringen — die Polizei nahm die Verhaftungen in der Nacht vor, schoß auf die Gefangenen und verwundete sie. Dieser mißlungene Versuch wurde wiederholt und der noch jugendliche langjährige Kommunist, der Revolutionär Jascha Tkatschenko, wurde „auf der Flucht“ erschossen. Es ist ein schwerer Verlust für das rumänische Proletariat. Am hellen Tage also, vollzog sich hier auf Konto der rumänischen Regierung ein neuer politischer Mord.

Die Ermordung Tkatschenkos — Russe, rumänischer Bürger — ist nicht der Anfang und wahrscheinlich auch nicht das Ende des blutigen Terrors der rumänischen Kapitalisten. Sie haben zwar nicht mehr die schwere Lage der ersten Nachkriegsjahre, sie sind aber um so bewußter, daß eine KP, eine radikale Arbeiter- und Bauernbewegung, eine revolutionär gesinnte Arbeiter- und Bauernschaft, daß alles das, eine ständige und ernste Gefahr für das bourgeois-kapitalistische System bildet. Wenn aber die Bourgeoisie Rumäniens mit der rumänischen Sozialdemokratie und mit den unter ihrem Einfluß stehenden reformistischen Gewerkschaften sehr zufrieden ist und mit Recht zufrieden sein kann, bildet schon jetzt der Kern der revolutionären Massenbewegung — die KP — die große Gefahr für die rumänische Bourgeoisie in der nächsten Zukunft. Der imperialistische Sieg der rumänischen Bourgeoisie hat die ökonomische Ausbeutung und die politische Unterdrückung der Arbeitermassen verschärft und zwingt sie, den Weg des Krieges fortzusetzen. Gegen solche Pläne und eine solche politische Linie der Bourgeoisie widersetzt sich jetzt energisch die revolutionäre KP und mit ihr der ganze fortgeschrittene Teil des Proletariats. Dies ist der Grund, warum die rumänische Bourgeoisie ihren ganzen Terrorapparat gegen die KP mobil macht. Die rumänische Regierung besitzt in bezug auf politische Morde eine große Erfahrung.

Als die revolutionäre russische Armee den damaligen Führer der rumänischen SP, Genossen Rakowski, am 1. Mai 1917 aus dem Gefängnis der rumänischen Bourgeoisie befreite, wurde der beste Marxist Rumäniens, Max Weksler „auf der Flucht“ erschossen. Ihm folgte der Genosse Dr. Aroneanu während des Generalstreiks 1920, der Arbeiter Leonte Filipescu im Jahre 1922, Max Goldstein im Jahre 1925 und viele Hunderte von Arbeitern, Bauern und Studenten des gewaltsam annektierten Bessarabiens, die ihren heroischen Tod in den Wellen des Dnjester oder unter den Bäumen der dortigen Wälder gefunden haben. Andere Hunderte werden in den schrecklichen Gefängnissen Rumäniens, in Doftana, Okna und Djilawa durch Hungerstreik und Einzelhaft in den Tod getrieben. Genosse Tkatschenko hat große Verdienste an unserer Bewegung. Schon 1917, als Bessarabien von den Wellen der russischen Revolution umfaßt wurde, stürzte sich der damalige junge Gymnasiast Jascha in den Wirbel des Kampfes, wo er immer mehr und mehr einen aktiven Anteil nahm. Er war einer der wenigen bessarabischen Genossen, die für die Verschmelzung der ganzen kommunistischen Bewegung in eine zentralisierte und disziplinierte KP eingetreten



PAVEL TKATSCHENKO-JASCHA



sind. Schon im Jahre 1921, auf der Märzkonferenz der damaligen illegalen kommunistischen Gruppen innerhalb der Sozialistischen Partei und der kommunistischen Organisationen Bessarabiens, hat es Jascha verstanden, daß die Bildung einer KP notwendig ist, daß die Arbeitermassen Rumäniens mit der KI gehen und daß die ganze Sozialistische Partei erobert werden müsse, — was auch auf dem Kongreß vom Mai 1921 geschehen ist. Zu diesem Zwecke wurde damals ein „Kontaktzentrum“ gegründet, dessen Mitglied auch Jascha war. Bald darauf aber wurde er verhaftet und im Jahre 1922 im Prozeß von Deolul Spirej zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Bei seiner Entlassung im Jahre 1923 war zwar die KP legal, aber Arbeitsmöglichkeiten für Jascha waren nicht vorhanden. Die rumänische Reaktion verstärkte sich von Tag zu Tag und der Verrat der SP ebenfalls. Jascha mußte damals, gegen seinen Willen, das Land verlassen und kehrte im Jahre 1924 zurück, als der 3. Parteitag der KPRumäniens ihn in seiner Abwesenheit zum Mitglied unseres ZK wählte. Er ging zurück, um illegal zu arbeiten, unter noch schwereren Bedingungen als früher, obwohl er wußte, daß er das zweite Mal nicht lebendig aus den Krallen der rumänischen Regierung herauskommen würde.

In der letzten Zeit war Tkatschenko Mitglied des Polit-Büros, und diese Jahre waren vielleicht die schwerste Zeit für die Partei. Die allgemeine Offensive des Kapitals, die blutige Reaktion und die „Offensive“ der SP Rumäniens gegen die Kommunisten erzeugten allerlei Abweichungen in der KP Rumäniens. Gegen alle diese kämpfte Jascha mit Erfolg: er trat mit Energie gegen die Sektiererei in der Partei auf, die sich unter linke Phrasen steckte, aber auch gegen jeden Opportunismus in der Gesamtpartei, gegen jede Gefahr von rechts. Die Regierung Averescu und mit ihr die ganze rumänische Bourgeoisie hat mit der Ermordung Tkatschenkos das Herz der revolutionären Bewegung Rumäniens getroffen. Einer ihrer besten Kämpfer, die lebendige Verkörperung von Enthusiasmus, Treue und Ergebenheit zur Partei und Internationale, wurde uns plötzlich geraubt. Jascha lebte und starb als Kämpfer — im vollen Sinne des Wortes.

Von der rumänischen Bourgeoisie ermordet, wurde er, sogar nach dem Tode, von der niederträchtigen SP Rumäniens schamlos beschimpft. Als Jascha und Boris Stefanow — sein enger Mitarbeiter in den letzten Jahren — verhaftet wurden, hat die SP, zusammen mit der Regierung, der Polizei und der ganzen bürgerlichen Presse von „Spionage“ der Verhafteten gesprochen. Und als die Ermordung Tat war, hörte man von der SP keinen Protest. Zur Zeit der Ermordung Jaschas hat der reformistische Gewerkschaftskongreß stattgefunden, wo alle Führer der SP sich versammelten, und keiner fand es zweckmäßig, den jungen heldenhaften Kämpfer für die Sache des Proletariats mit einem einzigen Wort zu ehren.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch viele andere von den unlängst Verhafteten: Stefanow, Marin, Margulius, Schein — Führer der Partei oder der Gewerkschaft — das Schicksal Jaschas teilen werden. Doch die neue Terrorwelle wird den Zustrom der Arbeiter Rumäniens zur KP nicht zum Stillstand bringen. Die rumänische KP wird wachsen — trotz alledem! Dieses Wachstum der KP-Organisationen schlägt Bresche in den Terror der Bourgeoisie und läßt die Stunde der Abrechnung immer näher rücken.

AL. BADULESKU.

## E. BOSCHKOWITSCH: DIE AGRARREVOLUTION IN EUROPA\*

Vorliegendes Sammelbuch enthält recht wertvolles Tatsachenmaterial, das jedoch zu meist falsch bearbeitet und beleuchtet ist. Um dem Leser zu einer richtigen Orientierung in dem Buche zu verhelfen, hat der Staatsverlag ihm eine entsprechende Einleitung vorausgeschickt. Das Sammelbuch enthält folgende Aufsätze: 1. Die Agrarverhältnisse vor dem Weltkrieg. 2. Die Agrarrevolution: Rumänien, Griechenland, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Oesterreich, Ungarn, Finnland, Lettland, Estland, Polen und Litauen.

In seinem Vorwort legt Prof. Sehring seine Auffassung über Voraussetzungen, Entwicklungsgang und Bedeutung der Agrarreform dar. Zum besseren Verständnis der Agrarreformen beginnt er jedoch nicht mit einer Charakterisierung der Beziehungen zwischen Bauern und Grundbesitzern, sondern mit einer Betrachtung der Formen des Gemeinde- und Familienlebens und geht erst in der Folge zur Betrachtung der Beziehungen zwischen „der herrschenden Klasse und der Bevölkerungsmasse“ über. Die Wurzeln der Agrarrevolution sieht Prof. Sehring in einem besonderen slavischen Typus der Agrarordnung, im Vorhandensein der Gemeinde und der patriarchalischen Familie, in der der Brauch „einer realen Aufteilung der Erbschaftsmasse“ herrscht.

„Eine gierige Jagd nach Boden, hohe Bodenpreise und Pachtpreise sind überall Begleiterscheinungen der kleinen Bauernschaft und des Brauches der Besitzteilung. Im größten Teil Ost- und Mitteleuropas hat der Landhunger zur Entstehung der gleichen Stimmung der Massen geführt — zu jener Stimmung, die die russische Bauernschaft bewogen hat, sich auf den Besitz der Gutsherren zu stürzen“ (S. 5).

Diesem Brauch ständiger Bodenaufteilung stellt Prof. Sehring den „germanischen Typus“ der Agrarverhältnisse gegenüber, für den das persönliche Eigentum und das Alleinerbschaftsrecht charakteristisch sind und der eine der Grundlagen „aller Güter sozialer Kultur und sozialen Fortschritts“ ist. Als Vertreter der bürgerlich-junkerlichen Reaktion verschleierte und entstellte Prof. Sehring den inneren Kern der Agrarverhältnisse verschiedener Länder und auch das Bild der gegenseitigen Beziehungen zwischen Bauern und Grundherren. Die Agrargesetzgebung wird vom Prof. Sehring fast nur als „Werkzeug des nationalen Kampfes“ betrachtet. Was die „sozial-wirtschaftliche Bedeutung der Agrargesetzgebung“ anbetrifft, so ist Prof. Sehring Anhänger des großen kapitalistisch-gutsherrlichen Grundbesitzes, in dessen Liquidierung er einen Niedergang der Landwirtschaft erblickt. Als Gegner der Agrarreformen steht Prof. Sehring ihnen äußerst skeptisch gegenüber.

„Nirgends — so schreibt er — ist es gelungen, den Landhunger der kleinen Bauern auch nur im entferntesten Maße zu stillen. Die Agrarfrage bleibt ungelöst. Der Kampf um Boden ist wohl kaum abgeschwächt und wird mit zunehmender Bevölkerung mit derselben Macht wieder emporflammen, wie auch vor der Reform.“

Diese Behauptung des Prof. Sehring ist in der Tat die einzig richtige des Buches. In ihren Götterdämmerungstagen ist die Bourgeoisie unfähig, selbst rein bürgerliche Reformen durchzuführen.

Bei der Betrachtung dieser Darlegung von „Agrarreformen“ der verschiedenen Länder sehen wir, daß sie in Ländern mit Ueberresten feudaler Verhältnisse und unter dem Druck revolutionär gesinnter Bauernmassen stattgefunden haben. Insofern aber diese Reformen von den herrschenden Klassen zu Selbsterhaltungszwecken unternommen wurden, haben sie selbst diese feudalen Ueberreste nicht ganz zu beseitigen vermocht. Die bürgerlichen Regierungen haben stets die erste sich ihnen bietende bequeme Gelegenheit ergriffen, um die Durchführung der Agrarreformen zu sabotieren und ihre „Zugeständnisse“ zurückzuziehen. Sie haben den Großgrundbesitz nur teilweise liquidiert, dabei aber von

\* Aufsatzsammlung unter der Redaktion von Prof. M. Sehring. Vorwort zur russischen Ausgabe von Domban, Dubrowski und Hevesi. S. XI und 292. Staatsverlag Moskau-Leningrad. 1926. Preis 2 Rubel.

der Bauernschaft horrende Ablösungsgelder eingezogen und statt des alten feudalen Grundbesitzes eine neue kapitalistische Landwirtschaft geschaffen. Doch davon steht in den einzelnen Aufsätzen nur ganz wenig zu lesen. Die Verfasser haben den Verlauf und die Bedeutung der Agrarreformen in den meisten Fällen falsch geschildert. So verschleiern die Verfasser des Aufsatzes über die Bodenreform in Griechenland die Tatsache, daß bis in die letzte Zeit hinein eigenmächtige, bewaffnete Besitzergreifung des Bodens eine Begleiterscheinung der Bodenreform gewesen ist. Was Jugoslawien anbetrifft, so meint der Verfasser,

daß „die Schuld für die mißglückte Kolonisation im Gebiet Woiwodin auch den Kolonisten selbst zuzuschreiben ist“.

Der Verfasser des Aufsatzes über die Tschechoslowakei erwähnt mit keinem Worte die Ausraubung der Bauern von Karpathorußland und Slowakien durch die tschechischen Kapitalisten und Agrarier, die den Großgrundbesitz dieser Gebiete nicht der eingesessenen Bauernschaft, sondern den tschechischen Kolonisten zugeteilt haben. Der Verfasser des Aufsatzes über die Agrarfrage in Finnland übergeht die Maßnahmen der Arbeiterregierung mit Schweigen usw. usw.

Obwohl die Verfasser dieses Sammelbuches den Verlauf und die Bedeutung der Agrarreformen durchaus unzutreffend darstellen, zeigt das Material dieses Sammelbuches trotzdem, wie tief der Irrtum jener ist, die in der bürgerlichen Agrarreform ein Mittel zur Beruhigung des flachen Landes und zur Eindämmung der revolutionären Stimmungen der Bauernschaft sehen. Im Gegenteil. Im Endergebnis der „Reformen“ werden die Klassengegensätze nicht nur nicht abgeschwächt, sondern sie spitzen sich noch mehr zu. Somit ist die Unfähigkeit und Ohnmacht der Bourgeoisie, die Agrarfrage zu lösen, eine Voraussetzung zum weiteren Erstarken der revolutionären Bauernbewegung.

## SONTER: DIE SOZIALDEMOKRATIE IM DEUTSCHEN REICHSTAG 1925\*

Die Zeit, für die dieser marktschreierische Bericht gilt, ist eine sehr günstige für die gestellten Agitationszwecke der Fraktion, denn es handelt sich um die Zeit, in der die Sozialdemokratie freie große Oppositionspolitik treiben konnte. Das Kräfteverhältnis im Reichstag war derartig, daß bei dem eingeschlagenen Rechtskurs die Vorschläge der Sozialdemokratie keine Beachtung zu finden brauchten. Es war die Zeit, in der die Sozialdemokratie, nachdem sie die Annahme des Dawes-Plans gesichert hatte, zur Durchführung des streng reaktionären Kurses der Luther-Regierung rücksichtslos aus jeder Regierungskoalition ausgeschiffet wurde. Das Bedauern über diese Tatsache war bei den Sozialdemokraten sehr groß und klagend berichtet die vorliegende Schrift über die zahlreichen Bemühungen der Fraktion, in die Regierung hineinzukommen. Allerdings wird nur berichtet von den Bemühungen, die sogenannte Weimarer Koalition zustandezubringen. Wohlweislich verschweigt der Bericht die vergeblichen Versuche, auch mit der Deutschen Volkspartei, also mit Stresemann, die sogenannte Große Koalition zustandezubringen. Man gibt nur an, daß die Bemühungen für eine Weimarer Koalition an der intransigenten Haltung Stresemanns gescheitert sind, der damit auf das Zentrum einen Druck ausgeübt habe. Erklärt wird diese Haltung der Deutschen Volkspartei damit, daß sie „in steigendem Maße abhängig wurde von der Großindustrie“. Dadurch nur sei es verständlich, daß 1923 Stresemann „in der Zeit der höchsten wirtschaftlichen und politischen Not erklärte, „daß gegen die Arbeiterklasse nicht regiert werden dürfe... Im Dezember 1924 dagegen erklärte er, daß mit der Sozialdemokratie die wirtschaftlichen Fragen nicht gelöst werden könnten“. (S. 6.) Da aber jedermann weiß, daß die Deutsche Volkspartei schon immer

\* Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom Januar bis August 1925. Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 239 Seiten.

die Partei der Großindustrie gewesen ist, ergibt sich ohne weiteres die verheimlichte Schlußfolgerung, daß die Sozialdemokratie eben nur dann in eine Regierung einbezogen wird, wenn es gilt, den in Schwierigkeiten geratenen bürgerlich-kapitalistischen Staat zu retten, was sie heute schon oft getan hat, und besonders im Herbst 1923. Der Charakter dieses vorliegenden Berichtes wird nach diesem einen Beispiel schon recht deutlich.

Doch es wird hier nicht bloß gelogen und verschwiegen, man geht auch noch weiter. So z. B. bei der Schilderung der Rolle der Sozialdemokratie bei dem Fall Barmat in den Untersuchungsausschüssen des Reichstags. Natürlich wird dieses Kapitel sehr kurz abgefaßt, gar keine Daten gegeben, sondern nur nach einigen allgemeinen agitatorischen Redensarten erklärt:

„Trotz der sehr gründlichen Arbeitsmethoden des Untersuchungsausschusses... konnte in der Öffentlichkeit bisher nichts für die Sozialdemokratie Belastendes festgestellt werden.“ (S. 7.)

Diese kühne Behauptung stimmt allerdings nur unter einer Voraussetzung: Wenn nämlich die nachgewiesene Verkoppelung der gesamten Sozialdemokratischen Partei und einzelner Führer mit dem Kapital, eine Verkoppelung, die bis zur direkten Bestechung geht, nichts Belastendes mehr für die Sozialdemokratische Partei sein kann.

Noch heuchlerischer wird dann dieser Bericht, wenn er über die Haltung der Reichstagsfraktion anläßlich des Ueberfalls der unter der Leitung eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten stehenden Polizei auf die von den Kommunisten während der Präsidentenwahlkampagne einberufene Volksversammlung in Halle berichtet. Bekanntlich war die Polizei in die Wahlversammlung einfach eingedrungen und hatte in die tausendköpfige Menschenmenge hineingeschossen. Die Fraktion brüstete sich damit, daß sie im Reichstag 1. die Protesterklärung der Kommunisten und die scharfen Forderungen derselben ablehnten, 2. daß der eigene Antrag von der Regierung nur eine bessere Garantie der Versammlungsfreiheit forderte, und 3. daß die Fraktion die Gelegenheit benutzte, um „mit den Kommunisten gehörig abzurechnen“. Dadurch also stellte sich die Fraktion hinter den schießwütigen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, eine Tatsache, die nur einen Vergleich finden kann in der Stellung der Sozialdemokratie zu den letzten blutigen Vorgängen in Breslau im September 1926. Dieses Ruhmesblatt der sozialdemokratischen Fraktion bildet einen würdigen Bestandteil unter den anderen Ruhmesblättern sozialdemokratischen Verates im bürgerlichen Parlament.

Der Bericht erweckt den Anschein, als hätte die Sozialdemokratie den heftigsten Kampf gegen jede Art Industrie- und Landwirtschaftszölle geführt. Das Gegenteil ist wahr: die Sozialdemokratie hat nicht gegen den Schutzzoll überhaupt angekämpft, sondern lediglich gegen die Höhe einzelner Schutzzollpositionen. Die Sozialdemokratie steht auf dem Boden einer gemäßigten Schutzzollpolitik für Industrie und Landwirtschaft. Nur schienen ihr einige Zölle zu hoch gegriffen, und besonders die Zölle für die Landwirtschaft, da die Preise für landwirtschaftliche Produkte gerade um diese Zeit dauernd im Steigen waren und die sogenannte Scheere sich von selbst auszugleichen begann. Außerdem hat auch sie die Phrase von den Verhandlungszöllen vollständig anerkannt. Ihr Kampf richtete sich nur dagegen, daß man die Verhandlungszölle nicht von vornherein zu hoch setzt, während in Wirklichkeit natürlich die sogenannten Verhandlungszölle nur eine mit Phrasen verschleierte Schutzzollpolitik darstellen. Aber natürlich, von all dem sagt der Bericht nichts. Er will den Eindruck erwecken, als wenn selten ein solcher leidenschaftlicher Kampf geführt worden wäre gegen irgendeine Maßnahme der kapitalistischen Regierung, wie gerade in diesem Fall bei der Schutzzollvorlage.

Diese Beispiele aus dem Bericht mögen genügen, um die ganze Verlogenheit dieser Schrift aufzudecken, andererseits eine Verlogenheit, die die vollständige bürgerliche Versumpfung der Sozialdemokratie innerhalb des bürgerlichen Parlaments nicht mehr zu bemänteln vermag. Von der Position, die vor dem Kriege Bebel in seinen besten Jahren im Reichstag eingenommen hat, bis zu der heutigen Position der Sozialdemokratie, führt ein steiler Weg, und dieser kritisierte Bericht zeigt mit größter Deutlichkeit, wie abgrundtief die Deutsche Sozialdemokratie gesunken ist.